

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,-- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Wolk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Himmels“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiter“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blut in die Bäderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 80 Pfennig, Restausgabe 5.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Bauverlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 11. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Stürmischer Tag in Versailles.

Die Regierungsvorlage im Tumult angenommen.

Paris, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Beratungen der Nationalversammlung, die am Dienstag in Versailles zusammengetreten ist, bieten nur geringes Interesse.

Der Sitzungsverlauf.

Paris, 10. August. (W.F.B.) Nach der Ablehnung des Oppositionsantrages (soweit schon in unserer gestrigen Abendausgabe zu lesen, Red. d. B.) schlägt der sozialrepublikanische Abg. Morinaud vor, den Artikel 39 insofern zu ergänzen, daß, falls die Vorlage gestellt wird, nur je ein Redner, der dafür, und ein Redner, der dagegen spricht, mit einer zeitlich begrenzte Redezeit zugelassen werden soll.

Hierauf verliest Ministerpräsident Poincaré die Begründung des aus einem einzigen Artikel bestehenden Gesetzesentwurfs, der lautet: „Das Verfassungsgesetz vom 25. Februar 1875 wird wie folgt ergänzt: Die Autonomie der Rasse zur Verwaltung der Bona der nationalen Verteidigung und Amortisierung der öffentlichen Schuld trägt verfassungsmäßigen Charakter.“

Im weiteren Verlauf der Vormittagsitzung entspinnt sich eine Debatte über die Zusammensetzung des Ausschusses.

dem der Gesetzesentwurf zur Prüfung überwiesen worden ist. Es stehen drei Vorschläge vor, und zwar 1. der des Abg. Bonnesfous (Dem. Republ. Vgg.), daß die Finanzausschüsse in Kammer und Senat, die zusammen aus 77 Senatoren und Abgeordneten bestehen, 30 Mitglieder für den Ausschuh der Nationalversammlung unter sich wählen und der Nationalversammlung zur Bestätigung vorschlagen, 2. ein Vorschlag des Senators Chauvet (Demokr. Vgg.), wonach die Nationalversammlung unter den Mitgliedern der Finanzausschüsse von Kammer und Senat die 30 Mitglieder selbst wählen soll, und 3. ein Vorschlag der Kommunisten, dahingehend, daß die Mitglieder des dreistufigen Ausschusses aus allen Parteien in Kammer und Senat, und zwar im Verhältnis ihrer Stärke gewählt werden sollen.

In diesem Ausschuh ist die Sozialistische Partei durch die Abgeordneten Blum, Renaudel, Compère Morel und den Senator Doulier vertreten. Der Ausschuh ist sofort nach seiner Bestätigung zusammengesetzt, während das Plenum der Nationalversammlung eine Pause eintreten ließ, um den Ausschuh arbeiten zu lassen.

In der Nachmittagsitzung machte der unabhängige Kommunist Rajont folgende Vorschläge zur Reform der Verfassung:

Der Artikel, durch den der Präsident der Republik das Recht erhält, den Schluß der Parlamentssitzung festzusetzen, soll aufgehoben werden, ebenso der Artikel, der den Präsidenten ermächtigt, die Tagungen des Parlaments zu unterbrechen. Ferner soll der Artikel über den Abschluß von Verträgen mit dem Auslande wie folgt gefaßt werden: Der Präsident der Republik verhandelt über die Verträge, die der Ratifizierung durch das Parlament unterliegen. Des weiteren soll der Artikel über die Verteilung der Nachbefugnisse wie folgt lauten: Die gesetzgebende Gewalt wird durch zwei Versammlungen, nämlich Kammer und Senat, und durch die Initiative und das Referendum des Volkes ausgeübt.

Leon Blum (Soz.) führte aus, die Tagung der Nationalversammlung sei überflüssig. Es werde mit viel Aufwand

ein neuer verfassungsmäßiger Rahmen geschaffen, man habe aber nichts, das man hineinsetzen könne. Die Tilgungskasse, wenn sie wirksam sein sollte, müsse sich auf die gesamten öffentlichen Schulden erstrecken. Dazu sei eine Konsolidierung unentbehrlich. Die Jahreseinnahme von drei Milliarden Franken genüge nicht zur Tilgung. Es sei die Nacht der Dinge, die die Regierung und das Land vor

die dramatische Alternative Konsolidierung oder Inflation gestellt habe. Früher oder später würde die Regierung auf den Vorschlag der Sozialisten zurückgreifen müssen, der die Kapitalabgabe fordere.

Ministerpräsident Poincaré erwiderte: In der Rede Blums seien die kritischen Ausführungen präzise, dagegen der sachliche Teil

Verfassung des Deutschen Reiches

Vom 11. August 1919

Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Aufbau und Aufgaben des Reiches.

Erster Abschnitt: Reich und Länder.

Artikel 1:

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

seiner Ausführungen sehr schleierhaft. Die Kapitalabgabe sei lediglich eine vage Formel, mit der man nur in Versammlungen Erfolge haben könne. In den Ländern, in denen man es mit der Kapitalabgabe versucht habe, habe man sie als fruchtlos wieder aufgeben müssen. Er ziehe es vor, Frankreich die Kapitalabgabe zu ersparen. Er müsse zugeben, daß außerordentliche Umstände notwendig gewesen seien, um die Nationalversammlung nach langem Schloß zu erwecken. Die Regierung, die sich aus Männern zusammensetze, die alle ihre Liebe zur Republik bewiesen hätten, sei auch der Ansicht, daß es sich nicht darum handeln könne, eine weitere Verfassungsänderung in dieser Periode vorzunehmen, in der es sich vor allem um die Stabilisierung der Währung handele. Es dürfe daher jetzt keine Debatte erfolgen, in der unvorsichtige Worte gebraucht werden könnten. Die Verpflichtungen des Staates würden eingehalten werden. Allerdings sei Vertrauen zur Wiederherstellung der Ruhe notwendig. Aber das genüge nicht allein zur Wiederherstellung, weshalb schlage die Regierung vor, die Einnahmequellen der Amortisationskasse unantastbar zu gestalten. Der Ministerpräsident schloß mit der Erklärung,

der Schwur des französischen Parlaments, die Schulden zu bezahlen und die Währung zu sanieren, werde sicherlich draußen gehört werden.

Er biete den Gläubigern eine Garantie dafür, daß Frankreich seine Verpflichtungen nach Maßgabe seiner Fähigkeiten erfüllen wolle.

Der kommunistische Abg. Doriot rief dann einen Zwischenfall hervor, der die Unterbrechung der Sitzung erforderlich machte; da er die Rednertribüne nicht verlassen wolle, mußte der die Senatswache kommandierende General herbeigeholt werden, der mit einem Unteroffizier und 4 Mann im Sitzungssaal erschien und Doriot zum Verlassen der Tribüne aufforderte. Nachdem der kommunistische Redner der Aufforderung Folge geleistet hatte, konnte die Sitzung fortgesetzt werden.

Nachdem der Dreihigerausschuh den Regierungsentwurf mit leichten redaktionellen Abänderungen angenommen hatte, erschien um 6 Uhr Poincaré wieder im Sitzungssaal und um 6.50 Uhr auch Präsident de Selves, der die Sitzung eröffnete und dem Ausschuh-berichterstatteter Senator Chéron das Wort erteilte.

Nach Entfernung Dorlots von der Rednertribüne mußte die Sitzung noch dreimal ausgesetzt werden, da die Kommunisten ungeheuren Lärm machten. Schließlich wandte Präsident de Selves die Geschäftsordnungsbestimmung an, die im Falle andauernden Tumultes ihm das Recht gibt, die Diskussion zu schließen und zur Abstimmung zu schreiten. Unter dem Heulen der Kommunisten und dem Klappern der Fußstühle ging vollkommen unverständlich die Verlesung der Artikel und die Abstimmung vor sich. Schließlich wird Doriot aus den Saal verwiesen, worauf sämtliche Kommunisten, begleitet von der Wiltürwache, sich ihm anschließen, um draußen auf dem Schloßhof Hochrufe auf die Revolution auszubringen.

Die mittlerweile vorgenommene Auszählung ergibt Annahme des Gesetzesentwurfes und zugleich Sitzungsschluß der Nationalversammlung mit 671 gegen 144 Stimmen.

Das Werk von Weimar.

Zum 11. August.

Als heute vor sieben Jahren der Reichspräsident Friedrich Ebert die neue republikanisch-demokratische Verfassung des Deutschen Reiches unterzeichnete, waren viele der Meinung, diese Unterschrift und diese Verfassung selbst bedeuteten in der deutschen Geschichte nur eine kurze Episode. Die einen konnten es noch immer nicht fassen, daß Kaiser- und Königskrone, Zünfterprivilegien und Dreiklassenysteme unwiderbringlich dahin seien, sie erwarteten ihre Wiederkehr in kürzester Zeit. Die anderen waren gerade umgekehrt der Ansicht, daß die „formale“, die „bürgerliche Demokratie“ eine Verfassungsform wäre, die durch die stürmische revolutionäre Entwicklung eigentlich schon überwunden sei und allerdemnächst einer anderen Platz machen müsse, wie sie schon im Osten in dunklen Umrisen in die Erscheinung trat.

Neben diese beiden verfassungsfeindlichen Richtungen, die schon vor Entstehung der Verfassung bestanden, trat bald eine dritte, die weder ausgesprochen monarchistisch noch kommunistisch war, die faschistische. Sie suchte nach einem Diktator, der mit Gewaltmethoden alle Probleme, vor allem die der auswärtigen Politik, zur Lösung führte. In der Feindschaft gegen die Verfassung von Weimar fand sie sich mit den beiden anderen.

Die Verfassung von Weimar mußte geschaffen werden wenige Monate nach Abschluß eines vierjährigen Krieges, nach einer Niederlage, die das Reich bis in die tiefsten Wurzeln hinab erschütterte. Ein unversöhnlich scheinender Feind hatte alle äußere Macht in seiner Hand und hielt weite Reichsgebiete besetzt. Die junge Republik bedrängte er mit moralisch und materiell unmöglichen Forderungen. In vollkommen ausgehungertem Zustand mußte das deutsche Volk die Umstellung von der Kriegswirtschaft zu einer Friedenswirtschaft vollziehen, deren Grundlagen durch den Verlust aller ausländischen Aktiosten und durch die drohend ungeheure Gestalt der Kriegsschuld gänzlich in Frage gestellt erschienen. Die sozialen und politischen Gegenjäger waren bis zum Zerreißen gespannt.

Unter solchen Umständen war die Meinung, die Verfassung von Weimar würde nur eine Episode bilden und im Sturm der Ereignisse bald wieder untergehen, vorfindlich. Aber sie erwies sich als falsch. Sieben Jahre sind seitdem verfloßen, und das Werk von Weimar besteht, und auf seiner Grundlage steht das Deutsche Reich. Nur besonders hartnäckige und fanatische Gegner vermögen auch heute noch die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß die Männer von Weimar aus richtiger Erkenntnis heraus gehandelt und damit dem deutschen Volk einen großen Dienst erwiesen haben.

Im Werk des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs von 1918 erschien vor kurzem ein Gutachten des Abg. Prof. Dr. Bredt über den Reichstag im Weltkrieg. Herr Dr. Bredt ist als Führer der Wirtschaftspartei heute noch ein weit rechtsstehender Mann, während des Krieges war er freiconservativer Abgeordneter im preussischen Dreiklassenlandtag. Um so bemerkenswerter ist es, daß dieses Gutachten, das einen statischen Band füllt, in seinem sachlichen Inhalt auf eine geradezu glänzende Rechtfertigung der äußeren wie der inneren Politik hinausläuft, für die die Sozialdemokratische Partei während des Krieges und nach ihm gekämpft hat.

Die Verfassung von Weimar beruht auf dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern und dem parlamentarischen System. Bredt zeigt in überzeugender Weise, daß es sich hier um eine natürliche, gar nicht aufzuhaltende Entwicklung gehandelt habe. Er beklagt bitter die Blindheit seiner ehemaligen konservativen Freunde, die sich dieser natürlichen und gar nicht aufzuhaltenden Entwicklung mit allen Mitteln widersetzt hatten. Und er erhebt Anklage gegen den Reichstag, daß er nicht mit ganz anderer Zielsetzung und Energie, als er es getan, diese Entwicklung gefördert habe. In ihrer Unterbindung während des Krieges sieht er eine der wichtigsten Ursachen des Zusammenbruchs.

Bredts Anklage trifft alle Parteien, nur nicht die Sozialdemokratie, die ja auf dem Wege zu einem demokratischen Deutschland stets die treibende Kraft gewesen ist. Und so ist ja auch in der Verfassung von Weimar das meiste verwirklicht worden, was sie auf dem Gebiet des Verfassungswesens gefordert hatte.

Bredt kommt zu folgendem zusammenfassenden Urteil: In ihrer äußeren Gestaltung steht die Weimarer Reichsverfassung zweifellos über der alten Bismarckschen Verfassung. Die letztere war ja im Grunde nur ein erweiterter Bündnisvertrag gewesen, in dem alles vermieden wurde, was den guten Willen zur Reichsgründung bei den Einzelstaaten irgendwie beeinträchtigen konnte. Sie war aber weiterhin auch derart zugeschnitten auf die Person von Bismarck, daß sie nach seinem Abgange notwendigerweise gewisse innere Wandlungen durchmachen mußte, die nicht auf veränderter Wortlaute, sondern nur auf veränderter Handhabung beruhten. Die Weimarer Reichsverfassung ist demgegenüber ein groß-

jugges Wert aus einem Guß, dem man in seiner Ausgestaltung vollste Anerkennung schenken muß, auch wenn man politisch nicht mit allem übereinstimmt. Das eine aber darf im deutschen Volke niemals vergessen werden: auch die Weimarer Reichsverfassung steht auf dem festen Grunde der Fundamente, die Bismarck gelegt hat. Mag auch die Regierungsform geändert worden sein: das Reich ist noch das alte, das Bismarck uns geschaffen hat.

Ob das Reich noch „das alte“ ist, das ist schließlich nur ein Streit um Worte. Die Zusammenfassung aller deutschen Stämme zu einer staatspolitischen Einheit, die in der Bismarckschen Verfassung zum erstenmal notdürftig und unvollständig verwirklicht wurde, war eine Forderung, die schon lange zuvor bestand und besonders auch von der jungen sozialdemokratischen Bewegung tatkräftig vertreten wurde. Richtig ist, daß die Schöpfer der Weimarer Verfassung dem Reich die Einheit erhalten haben, die auf das aller schwerste bedroht war. Die sogenannten „Reichsfeinde“ von einst, die im Kulturkampf und im Sozialistengesetz die Volksgemeinschaft zu spüren bekommen hätten, wurden die wahren Retter des Reiches.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands kann von diesem Rettungswerk den entscheidenden Teil für sich in Anspruch nehmen. Sie hat in all diesen Jahren schwerste Kämpfe für und um die demokratische Staatsform ein Maß von staatspolitischem Verständnis bewiesen, das uns so höher zu veranschlagen ist, als nur zu oft das Gefühl des knurrenden Magens gegen die Logik des Kopfes rebelliert. Es war für sie nicht immer leicht einzusehen, daß eine Verfassung neue Rechte, aber noch kein Brot geben kann, und daß es neuer geduldiger Arbeit, neuer zäher Kämpfe bedarf, um mit Hilfe dieser Rechte auch jedem das ihm zustehende Stück Brot zu erringen. Solange nicht auch dies gelungen ist, solange nicht neben der Fessel der politischen Unterdrückung auch die der ökonomischen gefallen ist, kann sie ihr Werk nicht als vollendet betrachten. Aber sie ist sich klar darüber, daß ihr Weg zur ganzen Freiheit nicht gegen die Demokratie und gegen die Verfassung von Weimar, sondern mit ihnen geht.

Weil wir Sozialisten sind, stehen wir zum Wert von Weimar, sind wir bereit es gegen jeden gewalttätigen Angriff zu verteidigen. Weil wir Sozialisten sind, rufen wir heute, wie einst am 9. November:

Es lebe die Republik!

Flaggenreordnung und Verfassungsfeier.

Durchführung der Verordnung am 11. August.

Als nach dem Sturze der Regierung Luther der neue Reichstagspräsident Dr. Marx vor den Reichstag trat, um seine Regierungserklärung abzugeben, ließ man der Deffentlichkeit wissen, daß man mit der Durchführung der Flaggenreordnung in den ersten Tagen des Septembers rechne. Bis zu diesem Zeitpunkt hoffte man, die Flaggenfrage auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst zu haben.

Das Auswärtige Amt hatte es eiliger. In den ersten Tagen bereits wies es die Vertretungen in Nordamerika, Spanien und Schweden an, die schwarzweißrote Flagge mit der Gösch zu zeigen.

Deut hat es den diplomatischen Vertretungen im Ausland befohlen, die Flaggenreordnung zur Verfassungsfeier durchzuführen. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ teilt mit:

„Das Auswärtige Amt hat die diplomatischen Vertretungen im Auslande auf die amtlichen Verfassungsfeiern der Reichs- und Staatsbehörden hingewiesen und angeregt, am Verfassungstage solche Feiern auch im Auslande unter Beteiligung der Auslandsdeutschen zu veranstalten. Im übrigen wird am 11. August die neue Flaggenreordnung bei den deutschen Auslandsmissionen über all wirtsam werden.“

Am 11. August — dem Gedenktag der Vollendung der Reichsverfassung — wird die Welt das Schauspiel des deutschen Flaggenchaos erleben: in Paris und Moskau und Wien

Verfassungsfeiern unter Schwarzrotgold, in London und New York und Stockholm unter Schwarzweißrot. Teilweise Denaturierung der verfassungsmäßigen Reichsfarben im Ausland — das ist die Verfassungsfeier des Auswärtigen Amtes.

Flucht vor der Verfassungsfeier.

Wie aus Weimar gemeldet wird, hat der thüringische Staatsminister Dr. Lentheuser einen vierwöchigen Sommerurlaub angetreten. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der Vorsteher des thüringischen Staatsministeriums im Gegensatz zum Reichspräsidenten von Hindenburg seinen Urlaub ausgerechnet kurz vor dem Tag der deutschen republikanischen Reichsverfassung angetreten hat. Gerade der erste thüringische Staatsbeamte hätte aus Anlaß der Tatsache, daß Weimar der Geburtsort des Verfassungswerkes ist, auf den Verfassungstag die notwendige Rücksicht nehmen können.

Magdeburg.

Amtliche Anerkennung für die Kriminalpolizei.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern, Severing, an den Polizeipräsidenten von Berlin das folgende Schreiben gerichtet:

„In der Hellingssache ist durch die soeben seitens der Strafkammer in Magdeburg vorgenommene Freilassung von Haas, Reuter und Fischer aus der Untersuchungshaft das Verfahren zu einer bedeutsamen Klärung gelangt. Diese ist in erster Linie der Arbeit der Berliner Kriminalpolizei zu danken. Nachdem Kriminalkommissar Busdorf, unbeflügelt durch falsche Spuren, in der kriminalistisch gebotenen Weise beste Aufklärungsarbeit geleistet hatte, sind von den weiteren Beamten Ihrer Behörde, Kriminalpolizeirat Galzow und Kriminalassistent Martini, vor allem aber von Kriminaloberinspektor Dr. Riemann und Kriminalkommissar Braschwig, alle Feststellungen schnell und sicher, ohne jedes Abirren in vorbildlicher Weise erledigt worden.“

Aus Anlaß dieser Tätigkeit, die eine schwere Beunruhigung der Deffentlichkeit, soweit es nach Lage der Sache zurzeit möglich ist, behoben hat, spreche ich sämtlichen beteiligten Beamten, an ihrer Spitze dem Leiter der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weich, meine uneingeschränkte Anerkennung aus.“

Das Disziplinarverfahren gegen Kölling.

Die Meldungen, daß der Disziplinarssenat des Oberlandesgerichts in Raumburg den Beschluß zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen den Untersuchungsrichter Kölling in Magdeburg aus eigener Initiative gefaßt habe, sind nicht richtig. Der Disziplinarssenat ist in seinen Entscheidungen natürlich völlig unabhängig. Sein Einschluß ist aber zurückzuführen auf einen Antrag des Generalstaatsanwalts in Magdeburg, der auf Anordnung des preussischen Justizministeriums gestellt worden war. Die Initiative zu dem Disziplinarverfahren geht in Wirklichkeit von dem preussischen Justizministerium aus.

Die Begründung der Haftentlassung — ein Urteil gegen Kölling.

Magdeburg, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Magdeburger Beschwerdekammer, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Löwenthal aus den Landgerichtsräten Beller und Bögel zusammengesetzt war, hat den Beschluß über die Aufhebung der Haftbefehle gegen Haas, Fischer und Reuter wie folgt begründet:

„Das am 5. August 1926 abgelegte Geständnis des Angeklagten Schröder, in dem er die Ermordung des Helling in allen Einzelheiten schilderte, begründete den dringenden Verdacht, daß Schröder selbst den Helling ermordet habe. Das Geständnis wurde bestätigt durch die Befragung der Hilde Göhe, die ebenfalls die Ermordung des Helling durch Schröder auf das genaueste beschrieben habe. Gegen Schröder sprach auch die Auffindung des Fohrhabes, das nach der Erklärung der Hilde Göhe Helling benutzt habe, um nach Rottmersleben zu Schröder zu kommen, und das Schröder im März 1926 verkaufte. Ferner sei durch die Befragungen des in Magdeburg wohnenden Kessens des Schröder selbst dargetan, daß Schröder

im Juni 1925 mit einem Manne zusammen auf Fahrrädern in Richtung Rottmersleben forgerfahren sei. Dieser Mann habe sich dem Kessens gegenüber selbst als Helling ausgegeben.“

Der dringende Tatverdacht sei vor allem aber dadurch begründet, daß die Leiche des Helling im Keller des Schröderschen Hauses gefunden wurde und Schröder im Besitze der Uhren und der Scheckformulare des ermordeten Helling war.

Die früheren wechselnden Angaben des Schröder konnten als dringende Verdachtsmomente nicht ausreichen. Auch der Widerspruch seines Geständnisses ändere hieran nichts.

Die weiteren Verdachtsmomente der Akten allein (offenbar handelt es sich hier um die geheimnisvollen in der Kölling-Presse ange deuteten Zeugen, die eine Verbindung zwischen Schröder und Haas beweisen sollen) seien ebenfalls nicht ausreichend, um einen dringenden Tatverdacht gegen die Angeklagten Haas, Fischer und Reuter zu begründen.“

Diese Begründung benutzt nicht einmal alle Schröder belastenden Momente. Man hat z. B. darauf verzichtet, zu erwähnen, daß die im Kopf Helling's gefundenen Geschosse durch Sachverständigenurteil als einwandfrei aus dem Revolver Schröders stammend erklärt wurden.

Die Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet.

Bevorzugte Berücksichtigung bei der Arbeitsbeschaffung gefordert.

Mainz, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Gewerkschaftsausschuß für die besetzten Gebiete, dessen Sitz nach der Räumung der Kölner Zone nach Mainz verlegt worden ist, hat sich in einer Vorstandssitzung mit der wirtschaftlichen Lage im besetzten Gebiet befaßt. Das Ergebnis der Besprechungen hat der Vorsitzende des Ausschusses, Gewerkschaftssekretär Thomas-Mainz, nimmere in einer Eingabe dem Minister für die besetzten Gebiete übermittelt. Angefaßt der Tatsache, daß die Krise im besetzten Gebiet einen durch den Ruhrkrieg bereits stark geschwächten Wirtschaftskörper betreffen hat, wird stärkere Berücksichtigung dieses Gebietes im Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert. U. a. wird auch angeregt, daß bei der Vergabe von Aufträgen durch die Reichsbahn und Reichspost, die auf Grund der gewährten Kredite erteilt werden, die Betriebe des besetzten Gebietes vorzugsweise bedacht werden. Mit Rücksicht auf die Beschaffungslosten wird verlangt, daß das Reich die Gemeinden des besetzten Gebietes in ihrer Wohnungsbautätigkeit über das sonst übliche Maß hinaus unterstützt.

Die Fememordprozesse.

Schluß der Voruntersuchung.

Nach einer Dauer von mehr als 1½ Jahren ist die vom Untersuchungsrichter beim Landgericht III, Landgerichtsdirektor Graste, geführte Voruntersuchung in den Fememordaffären Leutnant Sand, Feldwebel Wilms und Wachtmeister Legner, wie BS. mitteilt, endgültig geschlossen worden. Die Akten befinden sich nimmere bei der Staatsanwaltschaft III, die sich über die Erhebung der Anklage entscheiden muß. Die Angeklagten, gegen die die Untersuchung geführt wurde, sind: Oberleutnant Schulz, Feldwebel Klapproth, Oberleutnant Fuhrmann, Leutnant v. Poser, Oberleutnant Stantien, Hauptmann Gutnecht, Feldwebel Umhofer und Feldwebel Boh, die sich größtenteils in Haft befinden. Ebenso steht die Voruntersuchung in den Landsberger Fememordaffären, in die mehrere der hier genannten Personen verwickelt sind, insbesondere Schulz und Klapproth, unmittelbar vor ihrem Abschluß. Beide Prozesse dürften im Oktober die Schwurgerichte beim Landgericht III in Berlin und in Landsberg beschäftigen.

Der Kriminalbeamte Bandrin in Selsingen wurde von einem ehemaligen Kommunisten und jetzigen Stahlhelmann Adorek aus Rotthausen durch einen Pistolenschuß in die Lunge derart schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Adorek soll in der letzten Nacht mit einigen Bolschewiken in einen Wortstreit geraten sein, in dessen Verlauf der Stahlhelmann eine Pistole zog und eine Anzahl Schüsse abgab. Der hinzueilende Bandrin trat dem Fliehenden entgegen und wurde von ihm über den Haufen geschossen. Adorek wurde festgenommen.

Verfassungstag.

Erschöpft von tausend Wunden,
Zermartert und gekühdnet
In ungeheurem Mord,
Hat sich das Volk entschieden
Für Freiheit, Recht und Frieden,
Und heilig sei sein Wort.

Und im Novemberwunder
Zerfiel wie fauler Plunder
Der Hohenzollernthron.
Ihr Fürsten, wir verzichten!
Wir wollen selbst errichten
Die Heimstatt der Nation.

Ob frech die Loren schelten,
Das Werk wird dennoch gelten,
Und Weimar bleibt bestehn.
Viel reißige Genossen,
Sind wir zum Schwur entschlossen,
In Not und Tod zu gehn.

Es weisen uns die Bahnen
Die schwarzrotgoldenen Fahnen,
Froh löst die Kampfmuß:
In Schlachten und in Stürmen,
Wir schützen und wir schirmen
Dich, deutsche Republik! Henning Duderstadt.

Schnieffes stehen heute abseits.

Von Hans Bauer.

Im Privatleben gibt es die berühmte Tante, die für den Rest ihres Lebens mit Beschäftigung hinreichend versehen ist: Sie sitzt auf dem Sofa und nimmt übel. Im öffentlichen Leben gibt es etwas Ähnliches. Da gibt es die „weiten Volkstreife“, die, wenn vom neuen Staat die Rede ist, „abseits stehen“.

Am Verfassungstag stehen sie am allerabseitigsten. Sie nehmen der Verfassung übel, erstens, zweitens, drittens, viertens ... stehgehaltens post ihnen der ganze Tonfall nicht.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das mit der Staatsgewalt könnte ihnen ja wohl passen, aber was nützt sie einem, wenn man in seiner Eigenschaft als ihr Vertreter in Kauf nehmen muß, zum Volk gehäht zu werden! Was kann es schon mit einer Würde auf sich haben, die allen gleichmäßig zukommt — wo sich der

Menschenwert doch eben erst in der Herausgehobenheit, in der Unterchiedenheit, in der Höherentgeltlichkeit zeigt. Schnieffes wollen damit nicht sagen, daß früher alles Gold gewesen wäre. Bitte schön, der Rote Adlerorden 4. Klasse heiligschaltend ist nicht immer nach Verdienst verliehen worden. Nicht dies allein: Schnieffes stehen nicht an, ihre kritische Einstellung bis gegen die höchsten Stellen des alten Reiches zu erstrecken. Ja, sie sagen es einmal ganz frei heraus, surschlos und lähn, daß selbst der Kaiser seine Fehler hatte: also, da man sich nun schon einmal so weit vorgewagt hat, ganz konkret gesprochen: daß er so schnell eine zweite Heirat einging, das war nicht schön von ihm. Immerhin, man darf nicht kleinlich sein. an den Feiertagen des Kaiserreiches konnte man aus vollem Herzen mittun. Man war nicht viel, und eigentlich sogar in Hinsicht auf die Staatsmaschinerie ein Dred! Wenn schon, andere waren noch weniger. Hier liegt für die Schnieffes der Hake in dem Pfeffer, den sie der Republik in die Augen streuen möchten. Schön, sie waren Untertanen. Aber es gab eine Stufenfolge der Untertänigkeit, und Schnieffes standen da nicht auf der untersten Sprosse. Für dieses Bemühen nahm man die oberen Sprossen, auf denen andere standen, gern in Kauf.

Es ist ja gewiß so, daß Schnieffes sich auch heutigentags nicht beklagen können. Im Stammtisch weiß man sehr wohl, was sie im bürgerlichen Leben darstellen, und vor Gericht wird selbstverständlich auch Rücksicht auf ihre Stahlhelmszugehörigkeit genommen. Ueberhaupt, fast möchte man sagen, daß die Revolution im Alltag keinen rechten Eingang gefunden hat. Aber eben gerade dieser Verfassungstag ist doch mit einer Atmosphäre geladen, die unbezweifelhaft ist. Es weiterleuchtet aus ihm. Der Sturmwind, der durch ihn weht, ist immer noch löungsmörderisch. Das verdammte Wort Freiheit, das verdammte Wort Gleichheit grüllt unterirdisch. Wer kann denn wissen, wo das noch einmal hinaus will.

Da kommen sie auch schon um die Ecke. Mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen. Natürlich. Und mit Arbeiterliedern. Natürlich.

„Pauline, schließe die Fenster. Ich habe das nicht gern. Mich erinnert das immer an die dumpfig-saule Luft in den Kellerlöchern. Du weißt: im November 18. ... Ra, und du hast ja damals auch nichts zu lachen gehabt. Du weißt: mit den Untertosen. ... Wir wollen gemeinsam unsere Gegenmaßregeln treffen. Laß uns abseits stehen.“

Der Segen des Freilust-Schlafes.

Das Schlafen im Freien ist schon in alten Zeiten als sehr gesund empfohlen worden. So ruhten die Kranken, die die heiligen Tempelbegehrte des Altertums zur Genesung aufsuchten, unter freiem Himmel, und als im 18. Jahrhundert im Zusammenhang mit Rousseaus Auf nach „Rückkehr zur Natur“ die erste Freilust-Bewegung der neueren Zeit einsetzte, da entdeckte man auch wieder in der Natur das beste Schlafzimmer. Goethe hat in seinem Weimarer Garten am Stern, oft nur in seinem Mantel gehüllt, geschlafen und

spricht in keinen Briefen begessert von der Erquickung, die ihm dadurch geworden. Eine Bewegung für den „Freilustschlaf“ ist in neuester Zeit in den angelsächsischen Ländern entstanden und verdient gewiß auch bei uns Nachahmung. In Australien ist das Schlafen im Freien sehr verbreitet. Jedes Landhaus hat ein „Freilustschlafzimmer“, eine geräumige Veranda, die sich zu diesem Zweck vorzüglich eignet. Bei der heißen Witterung schlafen viele Tausende in Gärten oder auf offenen Plätzen, und daselbst kann man in amerikanischen Städten in der Zeit der großen Hygienellen beobachten. Aber es gibt auch so manche Australier, die das ganze Jahr hindurch im Freien schlafen, und besonders wird das Lungenseidenen empfohlen.

Auch in England bürgert sich der Freilustschlaf allmählich mehr und mehr ein. Leute, die über keine Schlafgelegenheit direkt im Hause verfügen, ziehen mit einem leichten zusammenlegbaren Bett ausgerüstet ins Freie. Das Schlafen in Hängematten empfiehlt sich weniger, da es recht unbequem ist. Außer der Bettstelle führt der Freilustschläfer auch ein kleines Bett mit sich, das er bei Regen zu seinem Schutz aufschlagen kann. Die ersten Nächte, die man unter freiem Himmel verbringt, sind nicht immer angenehm. Die ungewohnte Umgebung, besonders aber die nächtlichen Geräusche, von denen man umgeben ist, lassen keine ungestörte Ruhe aufkommen. Aber wer sich erst einmal an das Schlafen in der freien Natur gewöhnt hat, der empfindet den Segen dieses Schlafes und will nicht wieder davon lassen. Ein Schlafzimmer mit noch so breiten weitgeöffneten Fenstern kann sich nämlich nicht mit der Frische vergleichen, die die tüble Nachtluft bietet, und auch die höchste Zimmerdecke ist niedrig und bedrückend gegenüber der befreitenden Großartigkeit des gestirnten Himmels, der sich über dem Freilustschläfer ausbreitet. Der seine Duft des dezenten Grases und der Blumen, die sich der Morgenfonne öffnen, ist ein beglückender Gruß, den die Natur dem Erwachenden spendet.

William Morris' Haus als Museum. Das „Rote Haus“ zu Weyles Heath, einer Vorstadt Londons, das von dem großen Kunstgewerbler und Dichter William Morris lange Zeit bewohnt wurde, steht jetzt zum Verkauf, und man beabsichtigt, es für die Allgemeinheit zu erwerben und als Gedächtnis-Museum für den großen Künstler einzurichten, der zugleich ein entschiedener Sozialist war. Der Bau ist ein Frühwerk des hervorragenden Architekten Philip Webb, der in den modernen englischen Villenstil begründete. Es enthält bedeutsame Wandmalereien von Rossetti und Burne-Jones, und Morris hat hier bedeutende Werke geschaffen, bevor er seine berühmte Werkstatt in Hammer Smith Wall einrichtete.

Das Berliner Münzkabinett erworb soeben einen Entwurf des ersten Medallieurs der Berliner Münze, Brandt, zu einem Friedrichsdor. Brandt hatte 1821 von einer Kommission, zu der Schinkel gehörte, Auftrag erhalten, einen Adler für eine solche Münze zu entwerfen, der auf zwei Lagen stehen sollte. Wenn auch der gefertigte Adler die höchste Anerkennung Schinkels und Rauchs fand, so wurde im nächsten Jahre doch statt der beiden Lagen ein Eisen oder Vorderbein gewünscht. Brandts Entwurf, der bloßer als verschollen gelten mußte, ist nun angeblich aus Schinkels Nachlaß aufgetaucht.

Die ehemalige Mainzer Hauptmühle als Kunsthalle. Die ehemalige Mainzer Hauptmühle auf dem Wehrauenplatz ist nach ihrer Freigabe durch die französische Besatzung zu einer städtischen Kunsthalle umgebaut worden und soll demnächst feierlich eröffnet werden.

Südslawiens Forderungen.

Heute in Sofia überreicht.

Belgrad, 10. August. (WZ.) Der jugoslawische Gesandte in Sofia, Rafisch, wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages die Note seiner Regierung in Sofia übergeben. Wie „Ureme“ erzählt, enthält sie folgende Forderungen: 1. Auflösung des mazedonischen Komitees; 2. Auslieferung der Komitatsschlichter und 3. Entschädigung an die Familien der bei den jüngsten Grenzzwischenfällen ums Leben gekommenen Personen.

Englisch-französisch-italienische Intervention.

Belgrad, 10. August. (WZ.) Der englische Gesandte in Belgrad erschien gestern beim Minister des Aeußern, Rintschitsch, und ersuchte ihn, wie „Politika“ erzählt, um Informationen über die jugoslawische Note an Bulgarien. Der Gesandte betonte, daß seine Intervention mit Wissen und Zustimmung Italiens und Frankreichs erfolge, und empfahl dem Minister des Aeußern, den jugoslawisch-bulgarischen Streitfall

der Septembertagung des Völkerbundes zu unterbreiten.

Rintschitsch gab die Wünsche der jugoslawischen Regierung bekannt und versicherte dem Gesandten, daß die Haltung der jugoslawischen Regierung nicht im geringsten aggressiv sei. Der französische Gesandte suchte gestern gleichfalls Rintschitsch auf. Wie „Politika“ erzählt, stand der Schritt des französischen Gesandten in vollem Einklang mit dem Besuch des englischen Gesandten. Rintschitsch begab sich gestern nach Belgrad.

Eupen-Malmedy.

Weitere Rückertungsdebatte.

Brüssel, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Frage der Rückertung Eupen-Malmedy an Deutschland gegen eine größere barte Auszahlung auf die deutsche Okkupationsmark wird in der belgischen Presse immer eifriger debattiert. Führende katholische wie liberale Blätter sprechen sich entschieden für die Rückgabe gegen Wiedereinführung der Papiermark durch Deutschland wie eine Urabstimmung in Eupen-Malmedy, ob das Volk bei Belgien bleiben wolle, aber beide Fragen müßten unabhängig voneinander geprüft werden. Höchstens könnten sie im Locarno-Geist zeitlich verbunden werden. Die Abstimmung müsse nach Distrikten erfolgen. Die Dawes-Regelung würde die Einführung der Papiermark für Deutschland erschweren, aber schließlich könnte das nötige Geld durch öffentliche Zeichnungen oder durch Zahlungen der Freistaaten beschafft werden.

Belgisch-offizielles Dementi.

Brüssel, 10. August. (Belgische Telegraphenagentur.) In zuständigen Kreisen werden die aus deutscher Quelle stammenden Nachrichten für unzutreffend erklärt, wonach die Möglichkeit bestünde, daß binnen kurzem zwischen Belgien und Deutschland eine Uebereinkunft betreffend Eupen-Malmedy zustande komme.

Friedensverträge und Privateigentum.

Dr. Simons gegen Versailler Gerechtigkeit.

Wien, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Kommission der Internationalen Juristenagentur wurde am Dienstag über den Schutz des Privateigentums verhandelt, wobei der Referent feststellte, daß auch die Friedensverträge die Unverletzlichkeit des Privateigentums anerkennen.

In der Debatte führte der Präsident des deutschen Reichsgerichts Dr. Simons aus, daß er gerade vom Standpunkt des Richters die Resolution billige, weil sie ein Fundament der Gerechtigkeit zwischen den Völkern festlege. Er müsse aber diesen Beifall über den Schutz des Privateigentums durch die Friedensverträge mit einer gewissen Reserve aufnehmen, weil die Friedensverträge die Verpflichtung zur Entschädigung auf jemand abwälzen, der dazu nicht verpflichtet ist und so den Gläubiger in die unangenehme Lage versetzt, statt eines zahlungsfähigen Schuldners einen ruinierten Schuldner zu haben. Darin liege ein großes Unrecht. Er hoffe, daß die Entwicklung zur Beseitigung dieses Unrechts führen werde.

Immer noch Bajda.

Die Beschuldigung wird bestimmter.

Praag, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Tschechoslowakei versucht weiter eine nochmalige Aufrollung der Affäre Bajda. Die übrige tschechische Presse äußert sich dagegen nach dem Abschluß der Untersuchung ziemlich bestimmt über die Bajda zur Post gelegten Vergehen. Die „Slobode Novina“ z. B., die größte tschechische bürgerliche Zeitung in Währen, behauptet, daß Bajda ein Spion der russischen Regierung gewesen sei. Nur habe er nicht zum Gunsten der Tschechoslowakei, sondern zum Gunsten eines verbündeten Staates, nämlich Frankreichs, spioniert. Die Gesetze sehen für Spionage, die — Bajda soll die Spionage während seines Aufenthalts an der französischen Kriegsschule verübt haben — im Ausland für Ausland getrieben wird, eine Strafe nicht vor. Das amtliche Kommuniké habe sich daher sehr vorsichtig ausgedrückt und lediglich festgestellt, daß sich kein gerichtlicher Tatbestand ergeben hätte.

Ergänzend ist hierzu noch zu bemerken, daß der deutsche, für das Ausland bestimmte Text des Kommunikés nicht eine richtige Uebersetzung des tschechischen Originals ist. Während dieses den Tatbestand als nicht erwiesenen bezeichnet, hieß es im deutschen Text, es habe sich kein gerichtlicher Tatbestand ergeben. Der große Unterschied im Ausdruck läßt die Absicht der Vertuschung allzu deutlich erkennen. Es ist begreiflich, daß die Tschechoslowakei bei dieser Lage der Dinge, schon des französischen Bundesgenossen wegen, so wenig wie möglich von der Standesaffäre Aufhebungs machen möchte.

Um die Auflösung des heftigen Landtages. Zur Beschlußfassung über das von den heftigen Rechtsparteien eingeleitete Volksbegehren auf Auflösung des dritten heftigen Landtages findet Donnerstag, den 12. August, im Staatsministerialgebäude eine öffentliche Sitzung des Landesabstimmungs-ausschusses statt.

Abolitionismus und Faschismus. Der Maharadscha von Rissam, lehtin diegenannt infolge anglo-indischer Kontrollmaßnahmen, hat sich von Mussolini, natürlich mit Erfolg, einige Lehren für Faschismus erbeiten; der indische Selbstherrscher hat auch ein paar Unker nach Rom geschickt, damit sie die modernste Form des Absolutismus studieren.

Die städtischen Notstandsarbeiten.

Vor dem Beginn der Arbeiten.

Mitte Juli hat die Sozialdemokratische Stadiverordnetenfraktion in einem eingehenden Schreiben an den Magistrat ins einzelne gehende Vorschläge für eine neue Notstandsaktion der Stadt Berlin gemacht. Auf Grund dieses Schreibens hat der Magistrat mit anerkannter Schnelligkeit der Stadtverordnetenversammlung trotz der Ferien seine bekannte Vorlage unterbreitet, die Notstandsarbeiten in Höhe von etwa 30 Millionen Mark vorsah. In einer Ferienstimmung ist es dann gelungen, diese Vorlage trotz aller parlamentarischen Schwierigkeiten glatt zu verabschieden. Kurze Zeit darauf hat auch der städtische Haushaltsausschuß in der Einzelberatung die Projekte des Magistrats genehmigt. Erst am Sonnabend hat dann im Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt eine Besprechung der städtischen Vertreter mit den Vertretern der verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden über die Berliner Notstandsaktion stattgefunden. Nach dem Bericht, der gestern im städtischen Haushaltsausschuß gegeben wurde, ist in dieser Besprechung eine grundsätzliche Uebereinstimmung darüber erzielt worden, daß die Pläne der Berliner Stadtverwaltung von der Reichs- und Staatsregierung anerkannt werden und daß mit ihrer Beizuschussung insoweit gerechnet werden kann. Am Ende dieser Woche soll unter Hinzuziehung der Sachbezogenen der einzelnen Ministerien die definitive Verabschiedung und Genehmigung der Einzelprojekte erfolgen. Danach könnten dann die Arbeiten sofort begonnen werden.

Die Vertreter der Behörden sehen es nicht gern, wenn in der Öffentlichkeit über die Schwierigkeiten der Verhandlungen zwischen den einzelnen Behörden berichtet wird und wenn das oft recht langsame Tempo des Fortschreitens solcher Verhandlungen der einen oder anderen Instanz in die Schuhe geschoben werden. Immerhin wird man — vorausgesetzt, daß im Laufe dieser Woche die endgültige Genehmigung der Berliner Arbeiten erfolgt — dann bereits den 15. August schreiben. Der Beginn der Arbeiten selber wird sich dann, den günstigsten Fall vorausgesetzt, bis Ende August hinziehen. In dieses Arbeitsprogramm sind die beabsichtigten Erweiterungsarbeiten der Berliner Straßenbahn und die Fortführung der Nord-Südbahn über das Tempelhofer Feld noch nicht einbezogen. Die Verhandlungen zur Finanzierung dieser Arbeiten werden einen größeren Zeitraum beanspruchen. Man wird erst im September damit rechnen können, daß auch hier die Worte sich in Taten verwandeln. Unterhalb Monate waren also in Berlin notwendig, um eine Aktion durchzuführen, die im Verhältnis zur großen Not und im Verhältnis zu dem Gesamtbeschaffungsprogramm der Reichsregierung nur eine untergeordnete Rolle spielen kann. Diese Feststellung ist vielleicht doch notwendig, um alle, die es angeht, darauf aufmerksam zu machen, daß nach den großen Ankündigungen der Reichsregierung, namentlich nach der Rede des Reichswirtschaftsministers vor dem Bundesausschuß des ADGB in Düsseldorf, intensiv und schnelle Arbeit aller beteiligten Instanzen notwendig ist, wenn nicht die Enttäuschung über die endlosen bürokratischen Schwierigkeiten sich in eine gefährliche Erregung verwandeln soll.

Der Jungtürkenprozeß in Angora.

Kriegerische Nachkriegspläne.

Angora, 10. August. (WZ.) Das Unabhängigkeitsgericht vernahm heute den Unterrichtsminister im letzten Kabinett Talaa, Dr. Nazim, der erklärte, daß infolge des Zusammenbruchs der bulgarischen Armee Talaa Pascha zurückgetreten sei, um den Abschluß eines Friedens auf Grund des Wilsonschen Programms zu ermöglichen. Er sei in Begleitung von Enver Pascha nach Sebastopol abgereist.

Um die Beschlüsse des Zentralkomitees über die Einleitung der Aktion durchzuführen, habe Enver Pascha Bogishezeran verlassen. Er wolle sich an die Spitze der in Karo stehenden zwei Divisionen stellen, um im Kaukasus eine provisorische Regierung zu bilden. Dr. Nazim sprach dann auch über die Gründung des revolutionären islamischen Komitees und über die 1½ Monate dauernden Verhandlungen mit den Vertretern der irändischen Revolutionäre, um dem Komitee einen internationalen Charakter zu geben und es zum Drehpunkt aller unterdrückten Völker zu machen.

Er fügte hinzu, daß diese Verhandlungen an dem Widerstand der irändischen Vertreter gescheitert sei, die sich weigerten, die zur Erregung von Unruhen in England und Indien notwendigen Geldmittel zu beschaffen. Dr. Nazim schilderte dann auch die Verhandlungen, die Talaa Pascha mit England geführt habe. Weiter erklärte er, daß Enver Pascha Raim Djeoad nach Thrazien geschickt habe, damit er sich mit General Brangal in Verbindung lege, um diesen zu veranlassen, gegen Griechenland vorzugehen. Behaeddih Chakir übernahm es, die revolutionäre Bewegung in Thrazien zu leiten.

Dr. Nazim führte aus, daß dieser Plan der Revolutionierung Thraziens sich auf eine in Berlin mit russischen Vertretern abgeschlossene Vereinbarung stütze. Die russischen Vertreter hätten sich verpflichtet, die Bewegung moralisch und materiell zu unterstützen, allerdings unter der Bedingung, daß sie die Sowjets nicht anerkenne. Rußland verpflichtete sich, die Unabhängigkeit Aserbeidschans anzuerkennen.

Faschistenmache in Berlin.

Die italienische Handelskammer als Deckmantel.

Eine Berliner Großhandelsfirma schreibt uns: Son der Reise zurückgekehrt, ist mir der Kommentar vor die Augen gekommen, den der „Vorwärts“ vor einigen Tagen an das Rundschreiben des italienischen Wirtschaftsministers Belluzzo betr. die Tätigkeit der italienischen Handelskammern im Ausland geknüpft hat. Dazu kann ich Ihnen mitteilen, daß am Abend des 8. Juli sich unter der Leitung des Majors Ranzetti, des Vorsitzenden der genannten Handelskammer, eine Anzahl in der Reichshauptstadt wohnende Faschisten versammelt und eine Ortsgruppe Berlin des italienischen Faschismus gegründet hat. Es ist nicht mein Ziel und meine Absicht, mich mit der politischen Betätigung des Majors Ranzetti, des Vorsitzenden der Handelskammer, zu befassen, da sich damit andere Stellen zu beschäftigen haben. Nichtsdestoweniger aber bin ich der Ansicht, daß sich die Tätigkeit eines Handelskammervorsitzenden nicht gerade besonders gut mit der des Hauptvertrauensmannes der italienischen Faschi im Ausland verträgt. Was aber nicht ohne Protest hingenommen werden darf, ist die durch die letzte Nummer des von Major Ranzetti herausgegebenen und redigierten „Gagliar detto“ bestätigte Tatsache, daß diese Faschisten-Ortsgruppe jeden Sonnabend von 4 bis 6 Uhr in den Räumen der deutsch-

Die Berliner Vorgänge zeigen aber ferner noch etwas anderes. Immer, wenn wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten auftauchen, sind die Gemeinden, und namentlich die Großstädte als die Zentren der Industrie diejenigen, die zuerst einprägen müssen und von denen von aller Welt am ersten Hilfe erwartet wird. Sie stehen den örtlichen Bedürfnissen am nächsten, sie sind mit ihrem wirtschaftlichen, technischen und sozialpolitischen Apparat am ehesten imstande, Arbeiten in kürzester Frist einzuleiten und wirkliche Abhilfe zu schaffen. Sie haben aber auf der anderen Seite die verhältnismäßig geringste finanzielle Bewegungsfreiheit. Die Finanzausgleichsgesetze der letzten Zeit sind im Reich wie in den Ländern fast stets auf Kosten der Städte und Gemeinden zustande gekommen. Bei den Steuerüberweisungen werden dem Berliner Gebiet Millionen über Millionen entzogen und dadurch die Heilung der sozialen und wirtschaftlichen Schäden aufs äußerste erschwert. Gerade dann, wenn schnelle Arbeit nötig ist, die fast nur von den Gemeinden geleistet werden kann, zeigen sich die finanziellen Bindungen der Städte immer wieder als beinahe unüberwindlich.

Es ist kein Wunder, daß unter diesen Umständen auch die Deckung der von der Stadt aufzubringenden Mittel für die Notstandsaktion auf die denkbar größten Schwierigkeiten stößt. Zwar ist es möglich gewesen, den städtischen Kostenanteil für die Notstandsarbeiten der Kanalisationsverwaltung durch Gebührenerhöhung zu decken. Viel schwieriger aber ist die Deckung des Kostenanteils für Straßenbauten, Sportplätze usw. Berlin hat eben erst bei der Verabschiedung seines diesjährigen Etats, der nur unter den größten Schwierigkeiten mit äußerster Sparsamkeit ins Gleichgewicht gebracht werden konnte, sich entschließen müssen, den Grundsteuerzuschlag zu einer exorbitanten Höhe zu steigern. Auch die Erhöhung der Steuer von 40 auf 60 Mark bedeutet eine starke Belastung der städtischen Bevölkerung. Es ist verständlich, daß der Haushaltsausschuß gestern eine endgültige Beschlußfassung über die notwendig gewordene Deckung der neuen Millionenausgaben bis zur Rückkehr des Räumers verweigert hat, um bei der Gelegenheit eine neue Ueberprüfung der gesamten Finanzlage der Stadt vorzunehmen. Der Magistrat hofft beinahe, einen großen Teil der Ausgaben aus höheren Ueberweisungen der Kraftfahrzeugsteuer decken zu können. Bis heute bekommt Berlin einen Betrag von — sage und schreibe — 200 000 Mark überwießen! Jetzt, wo die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer in Berlin sich auf 14 Millionen Mark jährlich steigern, will man gnädigst Berlin eine ganze Million überlassen! Diese Auspflünderung — anders kann man es nicht nennen — der großstädtischen Bevölkerung muß es beinahe unmöglich machen, daß in Berlin etwas Ernsthaftes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von der Gemeinde geschieht. Die Stadt will helfen, sie macht im Verhältnis zu ihren Kräften Anstrengungen, die weit über das hinausgehen, was andere Stellen sich zumuten. Man lasse ihr aber auch sozial Bewegungsfreiheit, daß sie ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Italienischen Handelskammer, Friedrichstr. 79a, Informationen einholen kann. Eine Handelskammer soll, wie ja schon der Name besagt, lediglich ein wirtschaftliches und kaufmännisches Institut sein. Es ist allerdings bequem, unter dem Schilde der Handelskammer politische Propaganda zu entfalten, um sie vor den Augen der deutschen Behörden zu verbergen. Wir deutschen Kaufleute haben jedoch ein verständliches Interesse daran, daß dieses Institut das bleibt, was es eigentlich sein soll, nämlich ein Institut, dazu geschaffen, die Handelsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland zu erleichtern und zu befähigen. Wir können es nur zumindesft feststellen, wenn man auf diese Art auch den deutschen Mitgliedern der Kammer zumutet, eine politische Tätigkeit und ein Institut zu decken, in dem eine Fachistenzeitung redigiert wird und die Mitglieder des italienischen Faschismus verammelt werden, zumal sich unter uns eine ganze Anzahl von Mitgliedern befindet, die dieser politischen Linie als Gegner gegenüberstehen. Herr Major Ranzetti hat seine beiden mitelbaren unvereinbaren Tätigkeiten, einmal als Hauptvertrauensmann der Faschi in Deutschland, das andere Mal als „über den Parteien stehender“ Leiter einer Handelskammer, forschen können, weil bisher noch keine Beschwerde dagegen erhoben worden ist. Die Gelegenheit dazu ist aber jetzt gekommen und wird sich hoffentlich auch recht bald in Gestalt einer Generalsammlung bieten, die wir schon lange erwarten. Es ist leicht verständlich, warum die deutschen Mitglieder der Handelskammer bisher noch nicht den Mut gefunden haben, sich mit diesen Zuständen öffentlich zu befassen, da sie angeht der bekannten faschistischen Methoden einen Entzug ihrer Ein- bzw. Ausfuhrberechtigungen befürchten müßten; aber heute ist diese Klarstellung unumgänglich notwendig geworden.

Diese Zuschrift bestätigt aufs neue das, was wir wiederholt über diesen inoffiziellen, aber desto tätigeren Vertrauensmann Mussolinis in Deutschland, den Herrn Ranzetti, mitgeteilt haben. Auch wir sind gespannt, wie lange der Mißbrauch dieser Handelskammer noch geduldet werden wird.

Die Entwicklung in China.

Wiedererstarben der Volksarmee.

Man erinnert sich, daß die Volksarmee unter Fongjusiang sich in die Berge des Nordwestens um Kalgan zurückgezogen hatte und die Reichshölle Wupeifu und Tchangsolin vor Peking blieben. In den letzten Tagen hat Tchangsolin das Hauptquartier der Volksarmee, d. h. der Mandchureitruppen, nach Peking verlegt.

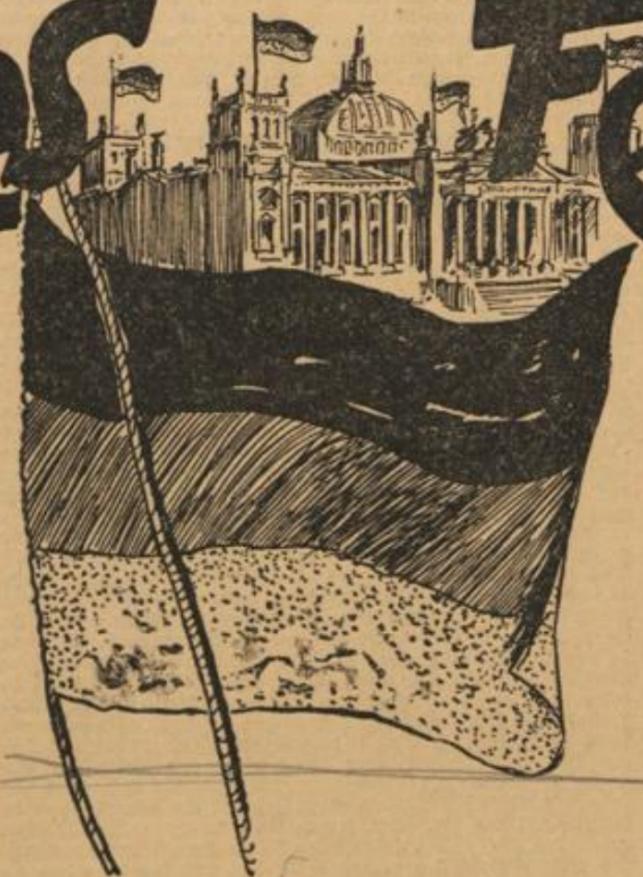
Fongjusiang war seinerzeit nach Moskau gereist und seither hat die Volksarmee sehr starke materielle Unterstützung von Rußland erhalten, so daß sie wieder gegen das politische Zentrum Nordchinas vorrücken kann. Es sollen ihr bereits in heftigen Kämpfen Fortschritte gelungen sein.

Der moralische Zustand der weißen Armeen, die ihr Befehlsgebiet vollständig ausgefaßt haben, dürfte nicht mehr der beste sein, und ob ihnen die Hilfsquellen Japans und Englands reichlich fließen, ist auch eine Frage.

Im Süden machen die Kamiontruppen bemerkenswerte Fortschritte — sie und die Volksarmee streben zur Vereinigung, wie sie denn auch innerlich einig sind in dem Verlangen der Freiheit und Selbstständigkeit Chinas gegenüber den imperialistischen Mächten, die sie bisher kennen gelernt haben; Rußland aber erscheint ihnen noch als der Helfer und Retter.

Der Kleinstrieg in Katoko geht weiter; die Spanier meiden kriegerische Erfolge und fortschreitende Entwaffnung.

Volk's Feiertag



Selbst ein Staatsgesetz von idealster Zweckmäßigkeit und wirklich demokratischer Humanität kann durch die Intrigen kaltblütiger Saboteure entwertet, zu einem Fehen Papier herabgewürdigt werden. Die demokratische Verfassung von Weimar haben die geschäftigen Bühlmaße der Reaktion — wer möchte es leugnen — mehr als einmal geschändet, ihren Sinn unzulässig gesucht und den reinen Extrakt der republikanisch-pazifistischen Idee zu trüben und zu verzerrten verstanden. Aber ein Etwas ist mit dieser Verfassung, das sie für das Volk weit heraushebt über die nüchternen Kalkulation von Erfolg und Mißerfolg. Sie ist das Werk der Millionen. In den Blutsfeldern vor Verdun und an der Somme, im Lammelfeuer des Ostens, Westens und Südens wurde der Aker mit ihren Rechten und Pflichten gedüngt, die Saat ging in den Stürmen der Revolution auf, als der ehroergessene monarchistische Halbabsolutismus zusammenbrach. Und in verantwortungsvoller Arbeit haben Volksbeauftragte und Nationalversammlung das von Hugo Preuß entworfene Werk geformt und vollendet.

dennoch ist die Stadt reich besaggt. Feiern im Reichstag und auf mehreren Plätzen. Auch die Polizei begehrt den Verfassungstag.
 1924. Riesenkundgebung im Lustgarten. Unter anderen sprechen Crispian und Bise. Auf dem Gendarmenmarkt versammelt sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ansprache des Reichspräsidenten, etwa ein halbes Jahr vor seinem Tode.
 1925. Das überwältigende Reichsbannertreffen der 100 000 auf den Treptower Wiesen. Die Abordnung des österreichischen Schutzbundes dokumentiert den aktiven Kampf für den großdeutschen Gedanken und die unerfütterliche Einheit des deutschen Vaterlandes. Die Republik marschier!

„Das Deutsche Reich ist eine Republik.“

9. November 1918. Der letzte Kaiser desertiert über die holländische Grenze. Volk und Heer sind von ihren „Führern“ im Stich gelassen. Fieberhafte Volksbewegung. Ueberall rote Fahnen, rote Demonstrationen. Unendlicher Jubel der Hunderttausende, als Scheidemann die Geburt der Republik verkündet. Die Fahne der Freiheit weht von der Zwingsburg der Hohenzollern. — Bruderzwist. Dann Nationalversammlung, Verfassungsarbeit, republikanische Koalition. Der Aufbau des neuen Staates beginnt. „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das demokratische System ist parlamentarisch. Auch die Reichsminister der parlamentarischen Tätigkeit will gelernt sein. Wir Deutschen sind keine Konsultierer, aber wir beginnen, uns einzuarbeiten. Mittelbar demokratisch wählt das Volk sein Parlament. Unmittelbar demokratisch jedoch ist der Volksentscheid. Auf diesem Wege zeigt die Fürstentumskampagne zum Beispiel verheißungsvolle Perspektiven. Auch hier gilt es, beim Weiterkonstruieren einzusehen. „Die Reichsfarben sind Schwarzrotgold.“ Nichts lächerlicher als das kindliche Geschrei der antisemitischen Putschisten von der „Judenfahne Schwarzrotgold“. Kulturhistorische Gänge lohnen sich. Die Tradition der großdeutschen Freiheitsfarben ist uralte, ihre Geschichte groß und die Erinnerung gebeligt durch das Blut unzähliger ihrer Märtyrer. Dittos II. Heerstandarte war das Schwarzrotgoldene Banner, dem Barbarossa-Friedrich slog es auf seinen Kampfsügen voran. Otto von Wittelsbach — wach belustigender Sarkasmus der Geschichte — war der Fahnenträger. Ab 1336 sind unsere heutigen republikanischen Farben das Zeichen der „Reichssturmfahne“. Ein Württemberger wurde mit der Führung betraut. Unter Schwarzrotgold schlug man die Schlacht von Ancica — mit Verlust im September 1312. — Die Rolle der Schwarzrotgoldenen Fahne zu Beginn und in der Mitte des 19. Jahrhunderts ist bekannt. Schwarzrotgold war das Symbol des geeinigten Großdeutschland gegen Reiterliche reaktionäre Kleinstaaterei, gegen den vaterlandlosen Egoismus der royalistischen Despoten. Unter Schwarzrotgold lochten Vater Jahns Turner-Schwestern, unter diesen Fahnen ritten die Lühower in den Befreiungskrieg, Schwarzrotgold leuchteten die Bannere der Hurschenschaftler im Dienste der Freiheit des ganzen Volkes. Blorreiche Vorfahren eines jämmerlichen studentischen Geschlechtes der Gegenwart. Wartburg- und Hambacher Fest — Clappen auf dem Wege zum Barrikadenkampf von 1848 gegen die absolutistischen Unterdrücker. Wie standen da Männer der Hand und des Kopfes, Akademiker und Handwerker, Arbeiter und Gelehrte, geeint im Pulverdampf unter Schwarzrotgold. Am 9. März beschloß die Versammlung in der Paulskirche: „Die Bundesversammlung erklärt die Farben des ehemaligen deutschen Reichspanniers Schwarzrotgold zum Wappen des deutschen Bundes.“ Größter Triumph der heldenmütigen Kämpfer und Sühne für die bleichen Opfer der Soldatenfugeln, als Friedrich Wilhelm IV., der heimtückisch-seige Tyrann, mit breiter Schwarzrotgoldener Binde um den Arm in der Uniform des 1. Garderegiments durch Berlin ritt. Bis der beispiellose Betrug des Klüngels der Volksfeinde alle Blüthenräume knickte und der Polizeifabel sein Direktorium erneut besetzte.

Fest.

Am 11. August 1919 trat die Weimarer Verfassung in Kraft. Am 11. August 1921 feierte Berlin zum ersten Male den Tag von Weimar in würdigem, eindrucksvollem Rahmen. Der Festakt fand mittags in der Oper am heutigen Platz der Republik statt. Birth hielt die Festansprache. „Der deutsche nationale Gedanke hat seinen besten Ausdruck in der Weimarer Verfassung gefunden“, rief der Reichskanzler unter stürmischer Zustimmung der Versammlung, und es war wie ein Schwur, als er der nie verblissenen Ideale von 1848 gedachte und den Dank an die Schöpfer von Weimar in die Frage kleidete: „Wohin wäre Deutschland gekommen, wenn nicht die Nationalversammlung alle Kraft eingelegt hätte zur Schaffung der Verfassung!“ Dann schritten der Reichspräsident und Birth die Front der Ehrenkompanie ab. Aber wie steckte damals noch alles in den Anfängen. „Um von den Privatbürgern gar nicht zu reden — auch eine ganze Anzahl von amtlichen Gebäuden hatten nicht geflaggt.“ schrieb der „Vorwärts. Mit stolzer Genugtuung können wir heute ohne Uebertreibung sagen: Der Wind weht anders — Schwarzrotgold ist populär geworden.
 Verfassungsfest 1922! Kundgebung des Reichspräsidenten Friß Ebert: Für Einheit, Recht und Freiheit, gegen jeglichen Terror. Der Ausruf schließt mit dem Bekenntnis: „Es lebe die deutsche Republik! Es lebe das deutsche Volk!“ Feiern im Reichstag, Schwarzrotgoldene Fahnen wehen in weit vermehrter Zahl. Am Abend des 11. August Festabend im Schauspielhaus und jener denkwürdige Fadelzug mit anschließender Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt, der in den begeisterten Ansprachen Eberts und Births gipfelte. Die Partei feiert den Volkstag im Zirkus Busch, die Genossen Schmidt, Dr. Köster und Radbruch sprechen zu der vieltausendköpfigen Masse. Gewaltige Demonstration im Lustgarten. Ganz Berlin ist auf den Beinen. Ein wahrhafter Festtag des 4-Millionen-Volkes von Berlin.
 1923. Hochspannung im Reich. Notzeit! Die Inflationstriebe geht während durchs Land. Unruhen, Streiks. Die Berliner Kommunisten propagieren den Generalstreik. Keine Feiertagsstimmung.

Berlin und sein Feiertag.

In einer Beziehung dürfte Berlin vor den anderen Weltstädten zurückbleiben, ja selbst von Hauptstädten irgendeines Landes übertroffen werden, das in seiner Gesamtheit noch nicht so viel Einwohner wie diese eine Stadt hat: die halb-nordische Reichshauptstadt, mit ihrem blässerem Himmel auch sonst an ernste und nüchterne Menschen gewöhnt, legt an keinem Tag des Jahres ein eigentliches Festgewand an, und öffentliche Brunkentafelung ist ihr seit den reingenden Novembertagen etwas Unbekanntes geworden.

Das schadet gewiß nichts, ja es dürfte sogar als ein guter Schritt nach vorwärts zu betrachten sein. Nur ungern erinnern wir uns der Romantik von Paradeesern und Hofwagen, und auch die Säuberung des Straßentreibens vom Ueberflang der Uniformen erkennen wir als eine durchaus glückliche Errungenschaft. Es gab einmal Hoffeste, die vom Volk bezahlt wurden. Heute ist ein freies Volk da, das sich reckt und streckt und sehr wohl eigene Feste zu begehren wüßte, nur die Feste fehlen, nur „oben“ — auch dies scheint es immer noch zu geben — hat man bisher die Einsicht veräumt, daß große Nationen nach einer Uebung unter den Völkernfamilien Anspruch auf einen Nationalfeiertag haben und daß in einer sozialen Republik dem souveränen Volk das Fest eines Ehrentags gebührt. Vielleicht ist dies Säumen und bewußte Anknüpfen gar nicht so schlimm gewesen, denn das gleiche Volk, das die Republik und ihre Verfassung geschaffen, weiß sie auch mit innerem Leben zu erfüllen. Und Widerstände trieben bisher an. Der Tag des Volkes ist da, er hat bereits seine feste Formen, nichts wird man an ihnen ändern können, wenn man sich endlich einmal dazu entschließt, mit gefühlvoller Festlegung nachzuhinken. Es ist seit den Tagen des Wiederaufbaus ein bemerkenswerter Zug im Wesen dieser großen und überaus schlichten Stadt der Arbeit: sie hat sich im besten Sinne „verbürgerlicht“, jenes geistige Gewand angelegt, das zuerst von den „Bürgern“, den Cittozens der großen französischen Revolution getragen wurde. Sie scheint wenig davon zu wissen, daß ihre Mauern zwei Regierungen bergen, die des Reiches und die des Landes, sie erkennt mit Genugtuung, daß dies genau so Menschen wie alle anderen sind, ohne mehr Rechte, als dem einfachsten Arbeiter zustehen, gleich diesem allein geodet durch Ehrlichkeit der Pflichterfüllung und Gediegenheit der Arbeit. Der Berliner von heute sieht und achtet auf sich selbst, aber Autos und Galauniformen nachzusehen und vor ihnen Reverenz zu machen, hat er wahrhaftig nicht mehr die geringste Veranlassung. Unter diesem Zeichen, unter der großen Trennung von Heute und Ehedem, steht der Verfassungstag, den sich das Volk zum Begehen eines Jahrestages erkoren.

Man hätte die Feiern, die republikanische Behörden veranstalten, gar nicht so eng und ausgefucht zu bestimmen nötig gehabt — über Brunk und Parade läme man ja auch, wenigstens liegen keine anderen Anzeichen vor, bei einer gefegeberischen Erfüllung kaum hinaus. Sie sind gut und löblich, diese Feiern, weil sie die Erfüllung einer Pflicht bedeuten. Aber richtig feiern und festlich begehren kann jenen Tag nur das Volk selbst.

Die Republik, wie sie im Herzen der Massen lebt, hat wahrhaftig keine Kundschafft nötig — das erlährt uns die fast schamlose Offenheit ihrer verblissenen Feinde —, aber an diesem Tage kann man erkennen, wer sich zum Volke rechnet und nicht und wer mit ganzem Herzen dazu zählt. Seht die Häuser der Reichen oder die vornehmen Hotels an, die sogleich eine fremde Landesflagge aufziehen, wenn irgendeine ausländische Brieftasche, gefüllt mit reichem Geldinhalt, am Portier vorüberstreicht, und die eine höllische Angst vor der Reichsflagge haben, und dann geht dorthin, wo mit den Arbeitern auch die Armut und die Sorge wohnen — dann wißt ihr, was die Republik ist, und dann lernt ihr sie so, wie sie sein soll, lieben.

Das Volk hat seine großen Tage, und niemand soll versuchen, sie ihm zu nehmen. Bestände „oben“ etwas Fühlung mit ihm, dann würde man auch längst für Arbeitsruhe am Verfassungstage geforgt haben. Arbeitsruhe, die das Volk sich redlich im Kampf um den neuen Staat verdient hat, ein Ruhetag voll Sinn und Sorgen um die letzte, um die beste Ausgestaltung seines Staatswesens.

Einft.

Was verstand die Hofkaienseele des „ancien Régime“ unter einem Volksfest? Kitichigen Pomp, stilllose Rasteraden, verlogenen Konfettidusel für die Massen, und unfehlbar als durchschlagendste Wirkung die tausend Paradeeserne in tadellosem Jere-montenwuchs. Wenn Wilhelm II., der unselige aller Schwächer, seinen Geburtstag beging, mußte es die ganze Welt wissen, und die Infassen von einem halben Schock Kalternen marschieren, nachdem der Feldwebel seiner Majestät die „Kerls“ genügend gedreht hatte, als unfreiwilige Gratulanten auf. Weden, Japfenstreich und finaliges Salutärschießen, so feierte sich der Souverän eines ernsthaften Sechzig-Millionen-Volkes. Die Schlöfliche inszenierte für den Allerhöchsten einen Gottesdienst nebst schwingvollem Glockenläuten — der höchste wird dabei sehr geschmunzelt haben. Den Schlöflichkeit bildete jedoch die „Cour“ im Schloß, zu der die serollen Diener des getrönten Narren in den absonderlichsten Perücken nahben.



Die heilige Flamme.

Die Feuerbestattung gewinnt immer mehr Anhänger. Die Bestattung, als ob die Verbrennung ein gewaltfamer Eingriff in die ungelebene Ordnung bedeute, verliert mehr und mehr an Boden. Selbst die Kirche und ihre Diener haben sich damit abgefunden, und sie verweigern nicht mehr die von Leidtragenden bei der Gedächtnisfeier verlangte Mitwirkung.

In den drei Berliner Krematorien wurden im Jahre 1924 insgesamt 12.424 Leichen eingeschifft. Die Gesamtzahl der Verstorbenen betrug 47.170, so daß über ein Viertel davon sich zu Beisetzungen für die Einschiffung entschlossen hatte. Denn bekanntlich verlangt ein rüstständiges Gesetz, daß derjenige, der nach dem Tode eingeschifft sein will, diesen seinen Willen schon bei Lebzeiten handschriftlich und unter amtlicher Kontrolle bekundet haben muß. An den in Berlin 1924 eingeschifften waren die verschiedenen Konfessionen in folgender Weise beteiligt: Evangelische: 8883, Katholiken: 533, Juden: 238, Dissidenten: 2225, Sonstige: 545.

Bei einmal der Gedächtnisfeier bei der Einschiffung eines Verstorbenen in der Kapelle eines Krematoriums beigewohnt hat, wird bald sein Vorurteil oder seine Bedenken aufgeben. Weihenolles Orgelspiel empfängt die Leidtragenden beim Eintritt in die Halle. Da steht der Sarg, bedeckt von Blumen und Kränzen, die Angehörige und Freunde des Toten als letzten Gruß spendet, inmitten von Lichtern, die den Raum in distantes Halblicht hüllen. Nachdem die Nachrufe gehalten, beschließt Gesang und Orgelspiel die Feier und langsam senkt sich der Sarg, der die sterblichen Reste der heiligen Flamme zuführt. Kränze und Schleifen werden aufbewahrt und den Angehörigen überreicht. Tiefgehende, ergreifende Stimmung, voller Würde und Pietät, wie sie bei Erdbestattung vielfach gar nicht vorhanden sein kann. Da folgen die Leidtragenden in aufgelöstem Zuge dem Sarge. Neugierige schließen sich an. Bei Regenwetter und Schneewetter geht es über künstliche Wege; Schmutz und Erdschollen von aufgeworfenen Gräbern zwingen zur Vorsicht und gelegentlich zu einem Sprung über Hindernisse. Die anliegenden Gräber werden wenig geschont. Um den frisch aufgeworfenen Hügel steht nun die Menge, und muß häufig unter dem Regenschirm notdürftig geschützt, lange Grabreden anhören. Dann werden die Kränze auf einen Haufen geworfen. Und endlich das Abschiednehmen! „Potternd fallen die „als letzter Gruß“ hindangeworfenen „Drei Hände Erde“ auf den Sarg. Können die an der Trauer Teilnehmenden bei all den hörenden äußeren Einflüssen dem Toten, wie es doch sein sollte, ihre Gedanken weihen? Aber die Sorge der Einschiffung in hygienischer und sanitärer Beziehung braucht kaum noch etwas gelagt werden.

Die Gepflogenheiten im Textilhandel.

Kassaverkäufe unter dem Einkaufspreis.

Ein Fall, der in der Textil- und Konfektionsbranche großes Aufsehen erregt hat, gelangte vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Hier hatten sich die Kaufleute Scharnier wegen Betruges und Wildmann wegen Hehlerei zu verantworten. Scharnier, der früher als Agent tätig gewesen war, hatte sich nach Beendigung der Inflationszeit selbstständig gemacht und hatte zunächst auch große Erfolge. Er pflegte bei seinen Kunden Aufträge zu sammeln, und dann dementsprechend einzukaufen, und die Kunden zu beliefern. Auf diese Weise hatte der gewandte Geschäftsmann viel Geld verdient.

Schließlich war er aber vom Kassageschäft abgegangen. Als die Geschäftslage ungünstiger wurde, kaufte er auf Kredit und blieb schließlich mit seinen Zahlungen in Verzug. Er hatte zuletzt einen Jahresumsatz von 460.000 Mark. Zu seinem Unglück hatte er noch aus dem Jahre 1923 eine ihm vom Schöffengericht Heidelberg wegen unerlaubter Einfuhr von französischen Parfüms auferlegte Strafe von 7 Monaten Gefängnis zu verbüßen. Gerade in der Zeit, als seine Geschäftslage kritisch geworden war, wurde er zum Strafstrahlungsobjekt. In der Erkenntnis, daß sein Geschäftsumsatz zusammenbrechen müßte, wenn er diesem durch die Gefängnishaft auf so lange Zeit entzogen würde, floh er nach Wien. Vorher zahlte er aber aus den zur Verfügung stehenden Mitteln eine nicht unbedeutende Summe an die dringendsten Gläubiger. Da er aber noch 60.000 Mark Schulden hinterließ, so folgten die unbefriedigt gebliebenen Gläubiger aus der Stadt, daß er sie betrogen habe und erstatteten Anzeige. In der Gerichtsverhandlung wurden die Gepflogenheiten im Textilhandel unter die Lupe genommen. Es wurde festgestellt, daß Scharnier bestimmte Waren auf Kredit gekauft und um 10 bis 20 Proz. unter dem Einkaufspreis je nach der jeweiligen Nachfrage weiterverkauft hatte. Den Schaden jedoch, den er bei diesen Geschäften hatte, suchte er durch andere Geschäfte mit größerem Nutzen wettzumachen. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten Scharnier des Betruges für über-

führt und beantragte gegen ihn 6 Monate Gefängnis, verbüßt durch die Unterbringung in den Angestellten Waldmann aber freigesprochen. Das Schöffengericht sprach jedoch beide Angeklagte frei. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, der Prozeß sei kein Sonderfall. Eine Verurteilung der Angeklagten würde zu keiner Beiriedigung der Gläubiger führen, deren Schädigung durch andere Momente als durch Betrug erfolgt sei. Daraus, daß der Angeklagte Scharnier ein Geschäft ohne Mittel begonnen habe, könne ihm kein Strich gekehrt werden. Auch das vorliegende Material habe schwindelhaftige Geschäfte nicht festgestellt. Außerdem spreche für den Angeklagten, daß er noch unmittelbar vor seiner Flucht bemüht gewesen sei, nach Kräften seine Gläubiger zu befriedigen.

Eine Schule für Langfinger.

Aus der Berliner Verbrechermwelt.

Eine regelrechte Lehranstalt für Taschendiebe hatte der aus Ungarn stammende internationale Taschendieb Paul Groß in Berlin eingerichtet. Groß war schon mit den Strafgesetzen vieler Länder in Berührung gekommen und hatte ausländische Gefängnisse und Zuchthäuser genugsam kennengelernt. In Deutschland war er aber noch unbekannt. Als er seine Tätigkeit Anfang dieses Jahres nach Berlin verlegte, schloß es ihm aber doch rasch, im Hintergrunde zu bleiben und Schüler auszubilden und für sich arbeiten zu lassen.

Zwei dieser Schüler, die 17-jährigen Burischen Matthias Sallin und Anton Ludwig, die beide aus Köln nach Berlin gekommen waren, gerieten in die Hände des allerschärfsten Taschendiebes und wurden von ihm in seiner Kunst so ausgebildet, daß sie bald selbständig an die Arbeit gehen konnten. Allerdings war Ludwig weniger geschickt und konnte nur zur Deckung verwendet werden. Ein desto gewandterer Langfinger war dagegen Sallin, der auch schon verschiedene Vorstrafen hatte. Bald häuften sich bei der Kriminalpolizei die Meldungen, daß unvorsichtige Frauen in der Gegend zwischen Wittenbergplatz und Kurfürstendamm ihrer Geldtaschen beraubt worden waren. Da die beiden Taschendiebe aber noch unbekannt waren, so entgingen sie den Forderungen der von der Kriminalpolizei angelegten Streifen. Durch einen Zufall wurde aber eines Tages Groß in einem Café am Kurfürstendamm von den Kriminalbeamten durch das aus Paris gekommene Signalement erkannt. Die Beamten beobachteten, daß sich Groß ständig in dem Café aufhielt und daß von Zeit zu Zeit zwei junge Burischen zu ihm kamen und sich wieder entfernten. Es wurde weiterhin beobachtet, daß Groß auf besondere Weise das Café eiligt verließ und mit der Straßenbahn fortfuhr und daß die beiden jungen Leute in kurzen Zeitabständen nachfolgten. Die beiden Letzteren wechselten ihre Kleidung zu Hause und entfernten sich dann wieder. Die drei wohnten bei einem berühmten Hamburger Teppichhändler, gegen den vor einigen Jahren in Berlin ein großer Sensationsprozeß verhandelt wurde und der auch eine längere Zuchthausstrafe erhalten hatte. Nachdem das Diebesnest ausgenommen worden war, gelang Ludwig ein, daß er und sein Freund von Groß angeleitet worden seien und von ihm auf die Diebesfahrt geschickt worden wären. Die reiche Beute wurde gemeinsam verteilt. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte Groß und Sallin zu je 2 Jahren Zuchthaus. Besser schnitt Ludwig ab, der mit 6 Monaten Gefängnis davonkam.

Eine öffentliche Gedächtnisfeier in Lichterfelde. Unter der Ägide der Höhe in Lichterfelde, am Fuße des Monumentes für den Vater der modernen Flugkunst, fand gestern nachmittag anlässlich des 30. Todestages Otto Lilienthals eine Gedächtnisfeier statt, zu der der Aero-Klub von Deutschland und andere Luftfahrtsorganisationen geladen hatten. Es hatte sich eine zahlreiche Menge aus allen Teilen der Bevölkerung eingefunden, die auch die auf der Höhe des Hügel aufgestaute Gedächtnishalle mit den Resten der Schwingflugmaschine besichtigten. Auch Gustav Lilienthal, der Bruder des vor 30 Jahren Abgestorbenen, der heute noch auf dem Zentralfriedhof Berlin in einem ihm von der Deutschen Luftfahrt zur Verfügung gestellten Raum das Lebenswerk seines Bruders forschte, und der demnächst mit einer von ihm konstruierten Maschine vor der Öffentlichkeit erscheinen will, hatte sich mit der Tochter Otto Lilienthals eingefunden. Der Präsident des Aero-Klubs von Deutschland ehrte durch eine Rede das Andenken des Toten. Der Rede folgte eine Kranzniederlegung durch die Stadt Berlin, den Aero-Klub und die flugtechnischen Verbände.

Gräfin Böhmer verliert auf ihren Namen. Frau Böhmer hatte auf dem Amtsgericht Potsdam eine Klage gegen ihren geschiedenen Gatten erhoben wegen der Entziehung des Namens. Gleichzeitig war Frau Böhmer, um diese Klage durchzuführen zu können, um Erteilung des Armenrechts eingekommen. Jetzt hat sie die Klage zurückgenommen und Frau Böhmer führt von nun an den Namen Elisor v. Dierke.

Aus dem städtischen Haushaltsausschuß.

Endgültige Annahme der Haushaltsvorlage.

Der städtische Haushaltsausschuß verabschiedete gestern endgültig die Haushaltsvorlage des Magistrats. Mit einigen Änderungen wurden auch die Vorschläge für Sport- und Spielplätze auf Grund einer erneuten Beratung im Stadtmittag für Leibesübungen angenommen. Die Erledigung der Deckungsvorlagen des Magistrats wurde aber bis zur Rückkehr des Kammerers vertagt, nachdem die Finanzverwaltung zugesichert hatte, daß sie für die von den Ausschüssen gebildeten gemeinsamen Haushaltsarbeiten den städtischen Kassanachrichtlichen vorzuschufende zahlen würde. Der Haushaltsausschuß genehmigte ferner eine Magistratsvorlage, die für das laufende Etatsjahr aus Vorbehaltsmitteln im Fremdenverkehrsamt eine Summe von 105.000 Mark für seine Propaganda zur Verfügung stelle. In einer längeren Debatte beschäftigte man sich dann noch mit der Not der erwerbslosen geistigen Arbeiter, der Künstler, Schauspieler usw. Der Haushaltsausschuß ersuchte einstimmig den Magistrat, die Frage einer besseren Unterflügelung der erwerbslosen geistigen Arbeiter zu prüfen und der Versammlung baldmöglichst darüber Vorschläge zu machen.

Ausländer in Berlin.

Früher wurden in Berlin nur die in Hotels, Pensionen usw. abgeregneten Ausländer polizeilich gemeldet, seit Ende 1923 sind die Feststellungen auf die in der Reichshauptstadt wohnenden Ausländer ausgedehnt worden. Erstmals wurden nach dem Stande vom 31. Dezember v. J. in den Berliner Polizeirevierern die dort auf den für Ausländer geführten Kartenblätter — nur ein Blatt für je Familie — verzeichneten Personen gezählt. Danach wohnten am genannten Stichtage insgesamt 136.314 Ausländer in der Hauptstadt. Davon entfielen auf die einzelnen Nationen:

84.840	oder 25,30 Proz.	Oesterreicher
20.775	15,2	Polen
16.303	12,0	Russen
15.400	11,4	Litauer
6.504	4,8	Ungarn
3.519	2,6	Schweizer
2.874	2,1	Rumänen.

Mehr als 1 Proz. bis 2 Proz. der Ausländer waren staatsangehörig in Amerika, den Niederlanden, der Ukraine, Lettland, Großbritannien, Italien, Schweden, Japan, der Türkei, Dänemark, Litauen und Dänzig. Die Angehörigen der übrigen Erdteile und Staaten waren mit weniger als 1 Proz. an der Gesamtheit der Ausländer in Berliner Wohnungen beteiligt.

Die Verteilung der verschiedenen Nationen auf die einzelnen Berliner Verwaltungsbezirke ist recht ungleich. Während die Oesterreicher mit rund 61 Proz. in Alt-Berlin (Verwaltungsbezirke 1 bis 6) gemeldet waren, sind die Russen mit 80 Proz. in Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg vertreten. Die Polen dagegen waren wiederum in der Mehrzahl, und zwar zu 71 Proz. in Alt-Berlin anässig. Davon allein 33 Proz. im Bezirk Mitte und 15 Proz. im Bezirk Prenzlauer Berg. Auch die Litauer waren und die Ungarn hatten mit 47 Proz. beziehentlich mit 52 Proz. in Alt-Berlin Wohnungen inne. Die in den vier fremden Erdteilen Staatsangehörigen haben sich zum größten Teil in den Bezirken Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg niedergelassen. Das gilt besonders für Japaner und Türken, die sich wohl zumeist zu Studiuzwecken hier aufhalten, während Chinesen (als Händler) vorwiegend in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes wohnen.

Bis zum 1. Mai d. J. ist die Zahl der in Berlin wohnenden Ausländer um 1763 oder 1,29 Proz. gestiegen, was wohl in der Hauptsache auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist.

Das Arbeiterkultur-Fest der Groß-Berliner im Winter 1926-27, hielt seine Einweihungsfeier im großen Saal der Volkshalle, Reinhardtstraße 22. 1. Konzert: Sonnabend, den 9. Oktober 1926, abends 7½ Uhr. Werke von Stravinskij, Beethoven und Brahms. 2. Konzert: Montag, den 27. Dezember (3 Weihnachtstage) abends 7½ Uhr. Werke von Bach, Mozart, Haydn und Richard Strauss. 3. Konzert: Sonntag, den 27. Februar 1927, nachmittags 3 Uhr. Werke von Beethoven, Schubert. 4. Konzert: Sonnabend, den 19. März 1927, abends 7½ Uhr. Werke von Beethoven und Brahms. Musikalische Leitung: Kapellmeister Paulus Darmheim, das Philharmonische Orchester. Die vier Konzerte sollen im Abonnement 5 Mark Einzelplatzkarten liegen aus bei allen Bildungsbildnern der Kreise und Abteilungen, in den Bezirksverbänden, in den Vereinen der Verbände, im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, Lindenstr. 42, Hofeingang, im Augenblickssekretariat, Lindenstr. 3, bei den Funktionären der Arbeiterjugend, im Zentralrat und der Angestellten (Gen. Platz), Berlin-Köpenick, Straße 7-10, bei den Funktionären des JdK, bei den Jungsozialisten, bei den Katernfreunden, im Sprechklub für proletarische Arbeiter.

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Brazila.

Das Ehepaar große, stritt sich herum; noch und noch wurden ihre Gedanken enger, ihre Selbstsucht vervollkommnete sich durch die unaufhörliche Berechnung, genießen zu wollen, ohne mit dem Dienstmädchen zu teilen, und diesen Schmarotzer zu hindern, sich reichlich zu nähren. Das war der aus Anauerei, Habgier, Heuchelei, Mißtrauen zusammengesetzte Kleinbürgerliche Geist, welcher durch das Halten eines Dienstmädchens in einer kleinen Wohnung, bei geringen Gehältern, engem Urteil in Erscheinung trat.

Madame langweilte sich mehr und mehr inmitten ihrer drei Zimmer und deren vier Möbeln mit dem Dienstmädchen, das der Frau immer im Wege war. Da sie nicht fortzugehen wagte, verbrachte sie ganze Tage am Fenster, um die Ueberwachung nicht zu unterlassen. Als Sulette die Stelle verließ, begann Madame Lächeln und Zeichen mit einem im Nachbarhause wohnenden jungen Manne auszutauschen.

4.

Die Eltern Sulettes waren zur Zeit ihrer Geburt selbstständige Bauern gewesen, welche ihre eigene Meierei „Die Chazotte“ in Millerat im Seineval, eine Stunde mit der Eisenbahn von Paris entfernt, bewirtschafteten.

Der Vater, Celestin Brugnot, welcher einige naturwissenschaftliche Kenntnisse besaß, war nahezu ein Herr. Aus Lust am Lernen hatte er — von seinem achtzehnten bis zwanzigsten Jahre — die Kurse einer landwirtschaftlichen Schule besucht.

Sulette hat ihr zehntes Jahr erreicht, als er seinen Ruin herbeiführte, indem er von einer sozialen Stufe auf eine andere kommen wollte; er wünschte aus einem Produzenten ein Spekulant zu werden. Trotzdem hatte er sein Unternehmen sehr gut berechnet.

Die alte herrschaftliche Domäne Millerat, welche mehrere Hektar Land am Seineufer umfaßte, war durch Erbteilung zur Versteigerung gelangt. Celestin Brugnot hatte, wie er sich ausdrückte, „die Pariser kommen sehen“, die auf am Flußufer gelegenen Besitz in der Nähe der Hauptstadt glerig waren. Mit einem Ankauf schönen Wagenmuts erwarb er die ganze Domäne mit der Befugnis von Teilzahlungen.

Er rechnete damit, unmittelbar einige Porzellan in sehr

schöner Lage mit einem Gewinn, welcher die ersten fälligen Abzahlungstermine gedeckt hätte, wieder zu veräußern.

Die Pariser waren in der Tat gekommen, hatten wirklich fünfhunderttausend Franken abgezahlt, jeder für das ihm im ganzen zugesprochene Land hunderttausend. Aber das taten sie nicht sofort, sie brauchten vier Jahre, um es sich zu überlegen.

Celestin Brugnot war ein Jahr nach dem Ankauf nicht nur aus dem Besitz der Domäne gedrängt, sondern auch durch die Zinsen und Unkosten über sein Vermögen hinaus belastet worden, er hatte dem Verlust seines Gutes, „Die Chazotte“ zusehen müssen, und eines Tages war er nur mehr ein simpler Bauer gewesen, gerade noch Besitzer einer elenden Barade in Millerat, und mußte, um zu leben, bei Freunden alle möglichen Arbeiten verrichten.

Bald hatte sein verdüstertes Gesicht den Tod herbeigeführt. Seine Frau dagegen, eine rassetechte Bäuerin, welche keine Bereicherung verwandelt haben würde, ergab sich schnell darenin und fügte sich in die Verarmung.

Sie war die „Brugnotten“, anscheinend ohne Kummer, geworden und ging auf Tagelohn als Wäscherin.

Sulette schlug ihrem Vater nach, sie war intelligent und feinfühlig. Hätte das Schicksal es gestattet, hätte sie leicht das Wesen einer Dame angenommen.

Jedenfalls litt sie bei ihrem jugendlichen Alter moralisch nicht durch den Tod ihres Vaters. Die Mutter hatte sie bis zum vierzehnten Jahr in der Schule gelassen, um der Lehrerin willfährig zu sein, dann nahm ein altes Kaufmanns-ehepaar, das sich nach Millerat zurückgezogen, sie als Oftermädchen in Dienst.

In ihrem Beruf war Sulette keine Deklassierte, aber sie erreichte die gewollte Entwicklung durch Uebergang in eine höhere Klasse. Uebrigens war sie es selbst, die aus heftigem Bedürfnis nach einem besseren Los den Ehrgeiz gehabt hatte, in Paris zu dienen.

„Ich habe vier Jahre Lehrzeit hinter mir und denke, das verdient eine Stelle.“

Die fragliche Eignung Sulettes enthüllte sich durch Zufall deutlich einem Beobachter von Beruf.

Ueberdrüssig der schlechten Adressen, mit denen sie das Vermittlungsbureau versah, begab sie sich aus eigenem Antrieb zu einem Pariser Advokaten, Besitzer eines Landhauses in Millerat, der einst dem Celestin Brugnot einige Ratsschlüsse bei einem Prozeß gegeben hatte und den sie seit ihrer Kindheit kannte.

Dieser Advokat beglückwünschte sie zu ihrem schon ein Jahr dauerenden Pariserium, musterte sie, veranlaßte sie zu reden, dann weigerte er sich ganz förmlich, zur großen Verwunderung seiner Frau und selbst im Widerspruch mit ihr, Sulette in Dienst zu nehmen.

Nach dem Weggang des jungen Mädchens entwickelte er entscheidende Erwägungen.

Gewisse Menschen könnten nicht mehr sein, als sie wären, andere hingegen erwiesen sich in ihrem Stande überlegen. Sulette sei, ohne es zu wissen, Kandidatin einer Beförderung auf der sozialen Skala; ihr Los würde von den Umständen abhängen. Sie dürfe ohne Zweifel nicht daran, den Dienstbotenstand zu verlassen, aber gewiß sei es nicht wünschenswert, daß sie ein einfacher Dienstmädchen bleibe. Bei allen Tätigkeiten mit fakultativer Ertrag dürfte das Individuum, um ein nützlicher Angestellter zu sein, ein gewisses geistiges Niveau nicht überlegen, vor allem nicht „über seine Arbeit hinwegsehen“. Der Diener, der zuviel dächte, verrichte nicht allein weniger Arbeit, sondern würde auch für seine Herren gefährlich. Sulette begünne nach einjährigem Aufenthalt in Paris, zuviel zu denken.

„Siehst du,“ sagte er zu seiner Frau in einer Art von Schlußfolgerung, „deine Sulette ist der Typ der Dienstmädchen mit Geschäften, aber ich will keine Geschäfte in meinem Hause — es genügt mir, die meiner Klienten zu entwirren.“

5.

Es gab Herrschaften, die Sulette in die sechste Etage in die Tiefe eines endlosen Ganges verbannten, wo die Dienstmädchen durch die dünnen Scheidewände und die von selbst zufallenden, schlecht geschlossenen Türen hindurch sich hören, sich bemerken, eins das andere sehen.

Das auf dem Boulevard Beaumarchais gelegene Zinshaus empfahl sich durch seine vornehme Thierheit, welche auf der breiten, verschwiegenen, mit Teppich belegten Treppe sozusagen zur Schau gestellt wurde. Die Portiers, die beim Reinemachen selbst keine Hand anlegten, sahen pensionierten Beamten ähnlich. Sie benahmen sich zuerst ganz artig gegen Sulette, veränderten sie offen und freundlich, daß sie abends fortgehen, außer dem Hause schlafen, oder noch besser, jemand in ihre Kammer mitbringen könne, aber viel Diskretion wäre nötig, in anständiger Weise mußte das geschehen. Infolgedessen waren die Portiers zu einer ermüdenden Nachsicht genötigt, und es war für den Erlaß ihrer Kräfte unerlässlich, daß die Dienstmädchen Wein, Nahrungsmittel, mancherlei Geschenke in ihre Kagen hinunterbrügten.

(Fortsetzung folgt.)

Fahnen heraus! Republikaner! Zeigt am Verfassungstag die republikanischen Farben!

Um die Verlängerung der Polizeistunde.

Misachtung der Arbeitnehmerinteressen.

Der Magistrat hat durch Vermittelung des Oberpräsidenten von Berlin an den Reichswirtschaftsrat nachstehendes Schreiben gerichtet: „Die Frage der Neuregelung der Polizeistunde hat in letzter Zeit recht weite Kreise gezogen. Es will uns scheinen, daß die Erörterung der Angelegenheit von verschiedenen Seiten nicht durchaus unter dem Gesichtswinkel wirtschaftlicher Erfordernisse erfolgt. Durch die Presse ist hinlänglich bekannt geworden, daß die Stadtgemeinde Berlin in einem ausführlich begründeten Antrage beim Preussischen Innenminister für die Reichshauptstadt Berlin die Verlängerung der Polizeistunde verlangte. Wir haben uns zu unserm Vorgehen lediglich aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus entschlossen, indem wir besonders betonten, wie notwendig es für die 4-Millionen-Stadt mit dem Charakter eines ausgesprochenen Weltfremdenverkehrs sei, wenn Einschränkungen des für unsere Handelsbildung so überaus wichtigen ausländischen Fremdenverkehrs endlich wegfallen, Einschränkungen, denen die Ausländer in den anderen Hauptstädten der Erde nicht unterworfen sind. Es müssen unseres Erachtens demgegenüber die angeblichen Interessen der Arbeitnehmerschaft, die eine Verlängerung der Sperrstunde aus beruflichen Gründen bekämpfen zu müssen glaubt, zurücktreten. Die vor kurzem in München stattgehabte Tagung des Reichsverbandes der Gasthausbesitzer und verwandter Betriebe bewies, wie notwendig eine Änderung des bestehenden Zustandes erscheint. In einer längeren Enkeltagung hat die Hauptversammlung ihren Standpunkt und ihre Forderungen zum Ausdruck gebracht. Ebenso wie es seitens des Reichswirtschaftsrates geschehen ist, hält der genannte Reichsverband im Interesse des bedrohten Gewerbes und einer allgemeinen Regelung des Eingreifens der Reichsinstanzen für geboten. Indem wir uns dieser Auffassung voll und ganz anschließen, bitten wir darum, zu gegebener Zeit in dieser Frage in einer für die Volkswirtschaft günstigen Weise eingreifen zu wollen.“

Wollte also die Herren vom Reichsverband der Gasthausbesitzer und verwandter Berufe die Misachtung der Interessen ihrer Arbeitnehmer proklamieren, ist dies für den Berliner Magistrat ein triftiger Grund zu der Forderung: „Die Interessen der Arbeitnehmerschaft müssen zurücktreten“, konsequent ausgedrückt: Der Arbeitstagen für die gesamten Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, für die Musiker, die Straßenbahn- und Hochbahnarbeiter, wie für die Angestellten im öffentlichen Verkehrsleben überhaupt, muß fallen.“

Bevor der Magistrat sich so eifrig für die Interessen der Unternehmer einsetzte, mußte er auch einmal die Vertreter der in Frage kommenden Arbeitnehmer hören. Es sind recht triftige wirtschaftliche Gründe, die diese Arbeitnehmerstreife veranlassen, sich gegen eine Verlängerung der Polizeistunde zu wenden.

Zudem ist es mehr als fraglich, ob die gegenwärtige Zeit der großen Arbeitslosigkeit und damit der ungeheuren Not in den Reihen der Arbeiterschaft der rechte Zeitpunkt ist, mit solchen Projekten hervorzutreten. Die Bemühungen um Arbeitsbeschaffung scheinen uns des Schweißes der Häupter des Berliner Magistrats würdiger zu sein.

Eine längere Polizeistunde aber bedeutet nach dem ganzen Verhalten des interessierten Unternehmertums keine vermehrte Arbeitsbeschaffung, sondern lediglich eine vermehrte Ausbeutungsmöglichkeit für die Unternehmer gegenüber den bereits beschäftigten Verarbeiteten. Nicht aus kleinlichen puritanischen Gründen, sondern aus Gründen schwerwiegender wirtschaftlicher Art wenden wir uns gegen die Verlängerung der Polizeistunde.

Der Mädchenmord in Spandau.

1000 Mark Belohnung!

Gestern nachmittag fand in der Leichenhalle in Spandau die Obduktion der ermordeten Prostituierten Dora Rydiger statt, die von Geheimrat Franke und Dr. Bernste in vorgenommen wurde. Es konnte einwandfrei festgestellt werden, daß der Tod durch Erhängen eingetreten ist. Der Kehlkopfknorpel war mehrere Male gebrochen.

Die fortgeschrittenen Ermittlungen der Mordkommission haben bisher noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Nach Zeugenaussagen ergab sich die erste Beschreibung des mutmaßlichen Täters wie folgt: Es ist ein Mann in mittleren Jahren, der 1,65 bis 1,70 Meter groß und von kräftiger unterfertigter Gestalt ist. Er hatte ein hohes Gesicht mit stark hervortretenden Backenknochen und trug weichen dunklen Schläpphut und einen abgemagerten grün-grauen Gummimantel. Er ging vornübergebeugt. Besonders auffallend war die Krümmung seines einen Beines vermutlich des linken. Mit dem eben beschriebenen Manne wurde die Rydiger nach Angabe anderer Mädchen gegen 2 Uhr gefahren. Es steht weiter fest, daß dieser Mann eine dunkle Brieftasche bei sich hatte, in der sich mindestens 3 Reismarkscheine befanden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Rydiger mit diesem Zufallsbekannten ein Lokal aufgesucht hat. Wie schon berichtet, fehlt ein schwarzes Damenportemonnaie mit weißem Verschlussschlüssel, das mindestens 4 Mark enthalten haben muß. Diese 4 Mark erhielt das Mädchen von einem Besucher, den sie gegen 12 Uhr kennen lernte. Welter fehlen der Haus- und der Korridor Schlüssel, die zusammen an einem Ringe hingen. Für Mittelungen aus dem Publikum, die zur Ermittlung dieses Mannes dienen können, ist jetzt eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden. Im Laufe des heutigen Tages werden an den Anschlagläufen die bekannten Mordplakate erscheinen, auf denen das Publikum auf die für die Kriminalpolizei besonders wichtigen Einzelheiten hingewiesen wird. Alle zweifelhafte Nachrichten, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, nimmt die Mordkommission Joh. Müller-Dr. Braschwig im Zimmer 62a des Polizeipräsidiums entgegen.

Erntefest. Auf der Südseite des Tempelhofer Feldes, zwischen Flughafen und Ringbahn, erstrecken sich heute Laubenkolonien. Hier arbeiten viele fleißige Hände. Fast tausend Familien finden hier ein Plätzchen zur Erholung in freien Stunden. Es dauerte einige Jahre, bis der Plan, hier Laubengelände zu schaffen, in die Praxis umgesetzt werden konnte. Ein Teil dieser Kolonie, mit dem zeitgemäßen Namen „Guter Wille“, beging nun am Sonntag, den 8. August, sein erstes Erntefest mit Umzug, Festwiese und

abendlichem Fackelzug. Der Umzug von Bobdipfah in Neutölln mit Erntewagen, die auf den Rücken der Laubenkolonien hinwiesen, fand bei der Neutöllner Bevölkerung viel Interesse, zumal unterwegs Tausende von selbstgezüchteten Blumen verschenkt wurden. Auch an die Alten und Bedürftigen hatte man gedacht. Sie wurden auf dem Festplatz reichlich bewirtet, während die Jugend sich im Laufe wogte, und die Kinder sich im Spiel und beim Mitteln unterhielten. Ein Fackelzug der bengalischer Beleuchtung bildete den offiziellen Schluß, während die bunten Lampen noch bis in die Nacht hinein der Kolonie ein festliches Gepräge gaben.

Zusammenstöße bei Kommunistendemonstrationen. Zwei Verletzte.

Die Kommunisten und die U. S. H. veranstalteten am Dienstag mehrere Straßenkundgebungen unter der Parole „Gegen die Schandurteile der deutschen Klassenjustiz, gegen den weißen Terror in Polen“. Die Kundgebungen waren nicht übermäßig stark besucht und sind im allgemeinen ohne Zwischenfälle verlaufen.

Nur in der Maxstraße, in der Nähe des Reiterbeckplatzes kam es zwischen einem Zug von Demonstranten, der von der Kundgebung auf dem Pappelplatz kam, und der Polizei zu Zusammenstößen, in deren Verlauf die Beamten unter Anwendung des Gummiknüppels und durch Schreckschüsse die Straße räumten. Ein Mann und eine Frau wurden erheblich verletzt, so daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Außerdem waren einige Verstoerlechte zu verzeichnen. Die Namen der Verletzten, die ins Virchowkrankenhaus gebracht wurden, sind: Steiniger Heinrich Wibel, Kösliner Straße 2 und die Ehefrau Auguste Köpplin, Kösliner Straße 3. Auf dem Friedrich-Karl-Platz waren insgesamt 400-500 Leute, darunter Mitglieder des Roten Frontkämpfer- und des Roten Frauen- und Mädchenbundes versammelt. Die Polizei hatte die Umgebung des Platzes stark gesichert. Polizeivizepräsident Dr. Friedensburg, der durch die Menge ging, wurde mit einem „Neben Friedensburg“, begrüßt, worauf er dankend erwiderte. Auf dem Winterfeldplatz waren an 600 Demonstranten versammelt. Hier wandten sich zwei Redner gegen die Urteilsfällungen der deutschen Justiz. Heftig kritisiert wurde das jüngste Leipziger Urteil gegen mehrere Kommunisten, gegen die auf schwere Zuchthausstrafen erkannt worden ist. Auf dem Pappelplatz und auf der Reberwiese waren ungefähr 400 Demonstranten versammelt. Von den Rednern wurde die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert. Die Kundgebungen verliefen ruhig. Beim Abzug eines Zuges, der vom Pappelplatz kam, wollte die Polizei verbotene Plakate, die im Zuge mitgeführt wurden, beschlagnahmen und das Singen von Liedern unterlagen. Die erregte Menge wurde tätlich. Einige Beamten erhielten Faustschläge und Steinwürfe. Jedemfalls erscheint das Vorgehen der Beamten recht überflüssig. Ob es klug war, bei der augenblicklich herrschenden Erregung aus dem geschlossenen Zuge heraus Plakate zu beschlagnahmen, erscheint sehr zweifelhaft. Dieser Vorrat bedarf jedenfalls noch einer eingehenden Untersuchung.

Eine mutige Tat. Am Sonntag nachmittag wurden am Seebad Zimmendorfer Strand bei Travemünde infolge heftigen Seeganges mehrere Badegäste durch die Brandung nach See abgetrieben und drohten zu ertrinken. Einige Matrosen des in der Nähe ankernden Linien Schiffes Schleswig-Holstein erkannten die Gefahr und stürzten sich, zum Teil voll selbstlos, in die bewegte See, um die bereits versinkenden zu retten. Unter erheblicher eigener Lebensgefahr gelang es ihnen, sieben Menschen vor dem Tode des Ertrinkens zu bewahren.



Es ist schwer zu entscheiden, ob Elgars Salut d'Amour oder Tosellis Serenade fröhlicher ist, jedenfalls sind beide Stücke nur noch in einem Vorladidino zu ertragen, nicht aber in einem Nachmittagskonzert des Rundfunks. Diesmal wählte Ferdj Kaufman den „Liebesgruß“, der geradezu als Symbol für die Veranstaltung des ganzen Tages gelten konnte. Rein, das geht wirklich nicht. Ganz abgesehen von der mehr als merkwürdigen Programmzusammenstellung am Abend, — es macht sich sehr nett, wenn nach der im Brustton edelster Ueberzeugung georgelten „In einen nach Deutschland zurückkehrenden Freund“ der Boston Always gespielt wird, — waren die meisten der vorgetragenen Sachen, abgesehen von ein paar Operarien, so ziemlich ohne jedes Niveau. Und dann soll man niemals die große Traviataarie singen, wenn man nicht über die nötige Technik verfügt, und wenn die Longebung dick ist und die Stimme lechzig klingt, und Valentinus Gebet macht sich ohne entschiedenes Detonieren doch besser. Mozart ist ebenfalls nicht leicht zu singen, Don Juans Ständchen steckt voller Fingergeln. Aber das ging noch an, dagegen war auch für vollkommenen Sanftmütige der deklamierende Bassist mit dem verweilten Hoftheaterpythos zu viel. Was sich sonst noch mit dem Programm befühlte, war sicherlich sehr stolz, ob seines Tuns. Und im Gefühl, daß jeder der Beteiligten sich gut unterhalten haben wird, kann man die Bitte an die Leitung des Rundfunks aussprechen: Nie mehr einen ähnlichen Abend!

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 11. August.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 12 Uhr mittags: Uebertragung der Verfassungsfeier aus dem Reichstag. 3 Uhr nachm.: Jugendbühne. (Unterhaltungsstunde). Die Funkprinzessin erzählt: Märchen für unsere Kleinsten. Funkprinzessin: Lucie Mannheim. 5-6:30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Pankapelle. Leitung: Konzertmeister Ferdj Kaufman. Anschließend: Ratschläge fürs Haus. Theater- und Filmdienst. 7 Uhr abends: Kapellmeister A. Kallermann: „Kulturgeschichtliche Betrachtung der hebräischen Gesänge und Melodien“. 7:30 Uhr abends: Rechtsanwalt Brumby, Stadtrat a. D.: „Der neue Mieterschutz“. 8:30 Uhr abends: Deutsche Meister. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. Haydn: Sinfonie Nr. 7. O-Dur. Adagio vivace — Adagio ma non troppo — Menuetto allegretto — Finale, presto assai. — 2. Mozart: Konzert A-Dur für Klavier und Orchester (K. V. 488). Allegro — Andante — Presto (Albrecht Lauer, Flögel). — 3. Beethoven: Ouverture Nr. 3, zu der Oper „Leonore“ (Fidalgio), op. 72 (Berliner Funk-Orchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 11. August.

11:00 Uhr vorm.: Uebertragung der Verfassungsfeier der Reichsregierung aus dem Reichstag. 1:10-1:40 Uhr nachm.: Lektor Grander u. Wallacki: Französisch für Schüler. 3-3:30 Uhr nachm.: Stad.-Rat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3:30-4 Uhr nachm.: Stad.-Rat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittenen. 4-4:30 Uhr nachm.: Stad.-Rat Dörner: „Interessa und Begabung der Mädchen für Mathematik“. 4:30 bis 5 Uhr nachm.: Mitteilung des Zentralinstituts. 5-5:30 Uhr nachm.: Dr. Max Winkler: „Entstehung und Bestandteile unserer Nahrung“. 8:00 Uhr abends: Uebertragung der preussischen Verfassungsfeier.

Sprechstunde für Profetische Jeserunden. Am Donnerstag, den 12. August, abends 7/8 Uhr pünktlich, beginnen im Gesangsraum der Sophienkirche, Weinmeisterstraße 16/17, die Jeserunden wieder. Es sind wichtige Neuankömmlinge für die Jeserunden sowie für die Jeserunden des Kulturkreises vorzunehmen. Daher ist es notwendig, daß alle sich wieder zur Arbeit einfinden und auch für den Sprechstunde werden. Neue Mitglieder, Männer, Frauen und Kinder werden in jeder Jeserunden aufgenommen.

Jugendwehe Neutölln. Am Freitag, den 13. August, beginnt der Unterricht in der Knaben-Mittelschule, Donnastraße. Anmeldungen dort.

Die Juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Kaufb. verb.) Zeitweise stärkere Bemölung mit Neigung zu Regenschauern und Gewittern, zunächst noch warm. — Für Deutschland: Im nordwestlichen Deutschland Bemölungszunahme mit Regenschauern und zumteil Gewittern. Sonst überall ziemlich heiter und meist trocken.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einforderungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

8. Kreis Spandau. Heute, Mittwoch, 11. August, 7 1/2 Uhr, in den Bismarck-Hallen, Gedlitz, 2. Verfassungsfest. Redner: Robert Breuer. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Gäste sind eingeladen.
9. Kreis Wilmersdorf. Sonntag, 12. August, veranstaltet das Reichsbanner Wilmersdorf eine Verfassungsfest im Viktoriapark, Wilhelmstraße. Die Abteilungen 61 bis 74 werden ersucht, sich mit ihren Fahnen zu beteiligen. Anreisen auf dem Reichsbanner Platz nachmittags 2 1/2 Uhr. Feiern im Viktoriapark nachmittags 4 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich beteiligen.
14. Kreis Neutölln. Donnerstag, 12. August, 7 Uhr, Sitzung der Oblique der Elternvereine im Pankapark, Redner: 2. Die Abteilungsleiter müssen dafür sorgen, daß die Oblique erscheinen. Entscheidung über Vollversammlung.

Heute, Mittwoch, 11. August:

2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Döngemach, Romanbaniestr. 8. Vortrag: „Die deutsche Reichsverfassung“. Referent: Stadverordneter Hans Rönne. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.
9. Abt. 7 1/2 Uhr im Krushof, Verlesberger Str. 29. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage“. Referent: Otto Reier, M. B. 2. Wir werden die Mitglieder auf unsere Abteilungsaktivität aufmerksam machen, recht fleißig davon Gebrauch zu machen. Ausgabe der Bücher am Schlußabend am 12. August beim Genossen Fecht.
12. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Bismarckstr. 17. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die deutsche Reichsverfassung“. Referent: David Stetter. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
21. Abt. Der Schlußabend fällt aus. Er findet am 12. August an den bekannten Stellen statt. Die Genossen treffen sich heute um 7 Uhr beim Genossen Fecht, Uferstr. 12, zur Beteiligung an dem Fackelzug des Reichsbanners.
24. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus. Anreisen um 7 Uhr auf den Kottbuscher Platz zum Fackelzug.
25. Abt. Die Schlußabende fallen aus. Vollversammlung am 12. August.
41. Abt. Die Schlußabende finden erst am 12. August statt. Heute 7 1/2 Uhr Vers. Jede Fahnenabteilung an dem Fackelzug des Reichsbanners.
44. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus.
45. Abt. Die Schlußabende fallen aus, dafür Teilnahme an der Verfassungsfest.
47. Abt. Die Schlußabende fallen in diesem Monat aus.
67. Abt. Genossenschaft. Der Abteilungsabend findet wegen der Verfassungsfest erst am 12. August statt.
71. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Jonas, Durlacher Gde. Traubler Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Politische und soziale Demokratie“. Referent: Franz Depina.
80. Abt. Schöneberg. Die Mitgliederversammlung fällt wegen der Verfassungsfest aus.
82. Abt. Steglitz. 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.
83. Abt. Wilmersdorf. Die Mitgliederversammlung in den Bismarck-Hallen, Rednerhof Str. 6, fällt aus und findet erst am 12. August statt.
86. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Schlußabend. 1. 2. 7. Bezirk bei Reumeyer, Gde. Schöneberger Straße. Genosse Günther spricht über: „Zum Verfassungstag — Demokratie oder Diktatur?“. 3. 4. 5. 6. Bezirk bei Rindorf, Uferstr. 12. Bericht des Genossen Rindorf aus der Stadtratsversammlung am 12. August. 7. 8. 9. 10. Bezirk bei Rindorf, Uferstr. 12. Bericht des Genossen Rindorf über: „Was lehrt uns der Fall Rindorf?“

- Neutölln. 51. Abt. Die Abteilung trifft sich heute zur Demonstration um 6 1/2 Uhr Schillerpromenade. — 52. Abt. Die Parteimitglieder treffen sich nicht um 7 1/2 Uhr, sondern bereits um 6 1/2 Uhr am Bergbergraben. — 53. Abt. Alle Mitglieder treffen sich pünktlich 6 1/2 Uhr an der Schule Bergbergraben. Abmarsch um 7 Uhr. Die Redner müssen ebenfalls pünktlich zur Stelle sein. — 54. Abt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich 6 1/2 Uhr am Wasserturm zur Demonstration. Reiner darf fehlen.
104. Abt. Köpenick. Alle Mitglieder treffen sich zur Demonstration um 7 Uhr am Bahnhof Köpenick.
109. Abt. Friedrichshagen. Die heutige Demonstration fällt aus. Beteiligung an der Verfassungsfest in Köpenick.
111. Abt. Schöneberg. Der Schlußabend fällt aus. Die Mitglieder beteiligen sich an dem Umzug in Köpenick. Treffpunkt 6 1/2 Uhr am Bahnhof Köpenick.
125. Abt. Wilmersdorf. Der Schlußabend fällt aus. Dafür am Freitag, 12. August, im „Grünen Baum“ Mitgliederversammlung.
- 128./130. Abt. Schöneberg. Wegen der Verfassungsfest fällt heute die Mitgliederversammlung aus.
134. Abt. Wilmersdorf. Die Mitglieder und ihre Angehörigen beteiligen sich an dem Umzug des Reichsbanners. Treffpunkt 6 1/2 Uhr am Bahnhof Köpenick. Anschließend um 8 Uhr im Lokal Köpenick, am Bahnhof, Verfassungsfest. Referent: Margarete Schenckelowsky. Alle Mitglieder müssen sich beteiligen.

Morgen, Donnerstag, 12. August:

13. Abt. 7 1/2 Uhr im Krushof, Verlesberger Str. 29. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die deutsche Reichsverfassung“. Referent: Wilhelm Richter. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
28. Abt. 8 Uhr bei Bartsch, Friedenstr. 28. Funktionärs-Tagung. Wichtiges Tagesprogramm.
70. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr im Lokal Köpenick, Politische Str. 60, Schöneberg. Vortrag: „Verein mit in einem Reichstag?“ Referent: Rechtsanwält Dr. Koch. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Frauenveranstaltung:

7. Abt. Freitag, 12. August, 7 1/2 Uhr, bei Adler, Tiedstr. 23. Bericht vom Frauenhaus in Friedrichshagen. Berichtlerin: Genossin Widagala.

Geburtstage, Jubiläen usw.

123. Abt. Köpenick. Am 11. August kann unser Genosse Karl Feigt, wohnhaft Köpenick, Friedenstr. 16, auf eine dreißigjährige Parteijubiläumzeit zurückblicken. Die Abteilung begrüßt den alten Kämpfer, der seit seiner frühesten Jugend immer in vorwärtiger Linie gestanden hat.

Verbot der Hausweibereitung.

Die Pfälzer Winzerverbände haben an den Reichstag einen Antrag gerichtet: beschleunigt ein Reichs-Obstweingesez zu erlassen, laut welchem die Hausweibereitung mit sofortiger Wirkung in Anbetracht der übergroßen Obsterte verboten werden soll!

Laut amtlichen Aeußerungen von Weinbauern hat nämlich die Hausweibereitung mit Bierkafeln einen geradezu unglaublichen Umfang angenommen und bedroht den schon so schwer um seine Existenz ringenden Weinbau auf eine gefährliche Weise, zumal da viele der früheren Traubenweintrinker sich ganz vom Traubenwein ab- und dem viel billigeren sogenannten Bierkafeln zugewendet hätten. Ob der Reichstag diesem Ansuchen stattgibt, ob das Volk, dessen Vertreter der Reichstag ist, auch dieses auf sich nimmt, das werden die nächsten Wochen lehren! Jedenfalls soll nachstehend ein Rezept veröffentlicht werden, das jedermann beschleunigt erproben soll und muß, um dann mit abstimmen zu können, ob er weiter sich im Haus ein billiges, wohlgeschmeckendes und wohlbelöndliches weinähnliches Getränk herstellen darf oder nicht!

Zur Herstellung von 25 Litern eines solchen weinartigen Getränkes nimmt man 15 Liter Saft aus baumreifen oder aus Falläpfeln. Hinzugebt man 10 Liter kochendes Wasser. Nach dem Abkühlen gibt man ein Päckchen Bierkaferl-Berntafel-Hefe (in den Apotheken und Drogerien für 45 Pf. erhältlich) hinzu. Nach 24 Stunden nimmt man 2 Liter von diesem Ansatz, kocht ihn mit 5 Pfund Zucker auf und setzt diesen Zuckerlast nach dem Erkalten zu dem Ansatz hinzu. Dann füllt man nach den Angaben des „Das neue Weinbuch“ (Verlag Sauer, Götta, Preis 25 Pf.) in die Bierflaschen und läßt 4 Wochen unter Gärverschluss stehen.

An Stelle der Berntafel-Hefe kann man auch Bierkaferl-Berntafel-Hefe verwenden (ebenfalls 45 Pf.), dann muß man aber 2 Pfund Zucker mehr nehmen! Friedrich Sauer, Götta.

HAG

Erst in ihrem Kaffee Hag haben ich einen coffein-freien Kaffee kennen gelernt, der mir zusagte, denn Kaffee Hag hat, wie Sie richtig sagen, das feine Kaffeearoma behalten. Für die Kaffeetrinker die Coffein melden wollen oder müssen bedeutet die Einführung ihres Kaffee Hag daher einen besonderen Fortschritt. Ich bin aber überzeugt, daß auch viele, denen der Genuß von coffeinhaltigem Kaffee an sich nicht schadet, des trefflichen Aroma wegen Kaffee Hag wählen werden.

Dr. W. J. B. Rochester

Arbeitsbeschaffung durch innere Kolonisation.

Möglichkeiten und Hindernisse.

Aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erwächst für die Allgemeinheit die Pflicht, in umfassender Weise für die Beschäftigung der Arbeitslosen zu sorgen. Ein Gebiet, auf dem das noch in großem Umfang möglich ist, ist das der inneren Kolonisation, zu der bekanntlich schon im alten Regime starke Anlässe vorhanden waren, die aber erst viel später, nach 1918, tatkräftig weiterentwickelt wurden, allerdings noch nicht überall mit dem notwendigen Erfolg.

Es ist begreiflich, daß der Siedlungsgedanke, wie nach allen früheren Kriegen so auch nach dem fürchterlichen Weltkriege von 1914 bis 1918, in allen Volksteilen eingedrungen war, zumal gerade den Truppen im Osten die Ansiedlung im Baltikum verheißen wurde und ferner durch das Kapitalabfindungsgesetz vom Jahre 1916 den Kriegsbeschädigten die Erwerbung von Siedlungsstellen erleichtert werden sollte. Der vorläufigen Siedlungsverordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 29. Januar 1919 lag der Gedanke zugrunde, daß man versuchen müsse, die aus dem Felde heimkehrenden Scharen von Soldaten möglichst auf dem Lande unterzubringen und anzusiedeln, weil es unmöglich erschien, sie in der Hauptsache in den Städten zu behalten, wo fast alle Betriebe infolge Mangels an Rohmaterialien stilllagen, während ein Teil der Betriebe auf die Herstellung von Kriegsmaterial eingerichtet war und die gänzliche Umstellung auf die Friedensproduktion eine gewisse Zeit erforderte. Auf diese Verordnung der Volksbeauftragten wurde dann das Reichs-Siedlungsgesetz vom 11. August 1919 aufgebaut, welches für die „innere Kolonisation“ der Gegenwart maßgebend ist.

Dem Reichs-Siedlungsgesetz voraus gingen noch zwei Gesetze, die deshalb Erwähnung finden müssen, weil sie für die Bereitstellung von Siedlungsland und für die Durchführung des Reichs-Siedlungsgesetzes eine gewisse Bedeutung haben. Das ist einmal die Verordnung vom 10. März 1919 über die Auflösung der Familiengüter (Fideikommissionen), von denen Anwendung man allerdings so gut wie gar nichts gehört hat, und das Gesetz über die Landeskulturbehörden vom 3. Juni 1919, durch das die früheren Generalkommissionen in Landeskulturämtern und die ehemaligen Spezialkommissionen in Kulturämtern umgewandelt und ihre Befugnisse neu umrissen wurden. Nach dem Reichs-Siedlungsgesetz soll die Schloßmachung erfolgen einmal durch Neusiedlung, also durch die Schaffung neuer Bauernstellen, und zweitens durch die Anliegersiedlung, d. h. durch die Vergrößerung bestehender landwirtschaftlicher Kleinbetriebe auf die Größe einer selbständigen Unternehmung.

Beide Verfahren sind seit 1919 vielfach durchgeführt, haben aber durchaus nicht das erwartete Ergebnis gehabt, weil einmal die Kulturbehörden selbst fast nirgends mit der nötigen Energie sich ihrer Aufgabe widmeten, und weil zum andern die Beschaffung des Siedlungslandes stets dann auf unüberwindliche Widerstände stieß, wenn es sich um die Frage der Enteignung handelte. Solche Enteignungen sind vorgekommen bei der Neusiedlung auf Oed- und Heideflächen, wenn eine gültige Vereinbarung über die Landabgabe nicht zustandekommt, und wenn der Eigentümer des Landes es dann nicht selbst in einer angemessenen Frist in Kultur bringt. Ferner bei der Anliegersiedlung durch die sogenannten Landlieferungsverbände, die von dem Großgrundbesitzer, soweit er mehr als 10 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche einnimmt, bis zu einem Drittel im Wege der Enteignung für Siedlungszwecke bereitstellen sollen. Sehen wir zu, was auf Grund dieser Bestimmungen tatsächlich geleistet worden ist. Die Statistik zeigt das folgende Bild:

Es wurden geschaffen an:

Anliegersiedlungen		
Jahr	Anzahl	Fläche
1919: auf Kulturland	12 506	10 740,85 ha
1920: „ „ „ „	85	111,75 „
1921: „ „ „ „	18 964	20 243,48 „
1922: „ „ „ „	288	288 „
1923: „ „ „ „	23 197	22 490,81 „
1924: „ „ „ „	75	122,57 „
1925: „ „ „ „	19 544	20 624,21 „
1926: „ „ „ „	19 343	23 507 „
1927: „ „ „ „	11 479	14 998 „
1928: „ „ „ „	71	871 „
1929: „ „ „ „	761	8 930,01 „
1930: „ „ „ „	102	949,25 „
1931: „ „ „ „	1 641	13 960,24 „
1932: „ „ „ „	168	1 439,18 „
1933: „ „ „ „	2 011	17 989,63 „
1934: „ „ „ „	343	3 141,64 „
1935: „ „ „ „	2 412	17 797,14 „
1936: „ „ „ „	2 700	31 323 „
1937: „ „ „ „	2 609	22 687 „

Diese Zahlen dürfen nun aber durchaus nicht als vollständig angesehen werden, weil unschwer festgestellt werden könnte, daß in etwa 40 Proz. aller Fälle die Siedlungsverfahren noch nicht zur Durchführung gekommen sind. Wie ist das zu erklären? Ganz einfach damit, daß ein Siedlungsverfahren dann als abgeschlossen gilt, wenn vor dem Kulturamtvorsitzer zwischen den Siedlungsanwärtern und den Landeigentümern eine Einigung zustande gekommen und diese zu Protokoll gegeben ist. Mit diesem Protokoll ist die Tätigkeit des Kulturamtvorsitzers beendet, er schließt die Akten und das betreffende Siedlungsverfahren erscheint in der Statistik. In sehr vielen Fällen bekommen die Siedler aber das ihnen auf Grund des Protokolls zugesicherte Land nicht, wenn sie es beanspruchen, im Klagewege werden sie abgewiesen und sind dann genötigt, erneut an den Kulturamtvorsitzer heranzutreten, der nun das umständliche Enteignungsverfahren aufnehmen muß, dessen Durchführung mindestens zwei Jahre in Anspruch nimmt. Ist dieses beendet und dasselbe Land aus dem ersten Siedlungsverfahren den Deuten tatsächlich gegeben, dann erscheint es noch einmal in der Statistik als neues Siedlungsergebnis. Aber auch dann, wenn andere Ländereien als die im ersten Verfahren in Aussicht genommenen enteignet wurden, könnte die Siedlungsstatistik keinen Anspruch auf Richtigkeit und Vollständigkeit erheben, weil ja die nach dem ersten Verfahren aufgeführten Ländereien tatsächlich nicht zur Verteilung gelangt sind.

Sieht man selbst von allen diesen Fehlerquellen der Statistik ab, so können die ausgewiesenen Siedlungserfolge nicht befriedigen, da wir bei Bereitstellung derselben Mittel und Ländereien wie bisher damit rechnen müßten, daß von den noch vorhandenen 2,7 Millionen Hektar kulturfähigen Moorbodens und von den 1,5 Millionen Hektar kulturfähigen Heidebodens der Rest erst in etwa 150 Jahren kultiviert sein würde. Das gleiche gilt von den Siedlungen auf Kulturland, deren Durchführung nach amtlicher Auffassung bei Vornahme des bisherigen Tempo in Pommern noch 73½ Jahre, in

Oberschlesien noch 86 Jahre und in Ostpreußen gar noch 137 Jahre dauern würde. Daß auf diese Weise der Zweck der Siedlungstätigkeit, nämlich Erleichterung der deutschen Wirtschaft und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht zu erreichen ist, liegt klar auf der Hand.

Da es nun weder an geeigneten Siedlungsanwärtern, noch an Siedlungsland fehlt, und da das Reich sowohl wie Preußen in der letzten Zeit erhebliche, wenn auch sicher nicht voll ausreichende, Mittel zur Förderung der Siedlung bereitgestellt haben, so müssen andere Wege beschritten werden, um die neuzeitliche innere Kolonisation in die rechten Bahnen zu lenken. Solche Wege hat man mit gutem Erfolge bereits bei verschiedenen Siedlungsverfahren in der Provinz Hannover eingeschlagen, die ja wegen ihrer umfangreichen Heideflächen und Oedländereien in besonderem Maße für die Durchführung von Siedlungen in Betracht kommt. Nach der preussischen Statistik sind in den Jahren 1919 bis 1925 in der Provinz Hannover 30 000 Hektar Land „vom Hofe aus“ kultiviert worden. Das bedeutet, daß die Eigentümer von Oedländereien, solche Flächen, die günstig zu ihrem Kulturlande lagen von ihrer Hofstelle aus in Ackerland umgewandelt haben. Die genannte Zahl ist aber im Vergleich zu dem Umfange des Oedlandes in der Provinz Hannover verschwindend gering. Man muß also denjenigen Kleinlandwirten, Landarbeitern und Pächtern, die für die Ansetzung als Neusiedler in Frage kommen, die Gelegenheit geben, ebenfalls „vom Hofe aus“ kultivieren zu können, indem man ihnen in der Nähe ihrer bisherigen Zwergbetriebe, Arbeits- oder Pachtstellen das benötigte Oedland im Wege der Enteignung zur Verfügung stellt und ihnen so die Möglichkeit gibt, neben der Aufrechterhaltung des bisherigen Betriebes und ihrer Existenz sich durch Selbstkultivierung in der Nachbarschaft ein neues landwirtschaftliches Anwesen zu gründen. Bei der allgemein bekannten Anpruchslosigkeit und der großen Arbeitsfreudigkeit der Kleinlandwirte würde es möglich sein, das Vielfache der vorhin genannten 30 000 Hektar an Oedland in wenigen Jahren in Kultur zu bringen, damit der Volksernährung wesentliche Dienste zu leisten und tüchtige Landwirte, die bisher oft genötigt sind, sich noch in der Industrie Nebenbeschäftigung zu suchen, ganz ihrem Berufe zuzuführen.

Die durchaus klaren und eindeutigen Bestimmungen der Siedlungsgesetze genügen vollkommene, um auch heute mit Erfolg innere Kolonisation zu treiben, wenn man nur auf schnellere Demokratisierung gerade der Kulturverwaltungen mehr Gewicht legt, und wo es nötig ist, auch einmal mit eisernem Befehl die widerstrebenden Elemente ausseht. Geschieht das, dann wird auch im Reiche sowohl wie in Preußen einer planmäßigen Siedlung der Weg gebahnt sein! **M. Lipschitz.**

Wie wird die Ernte?

Das Statistische Reichsamt berichtet über den Saatenstand im Deutschen Reich Anfang August 1926 wie folgt:

Die ungewöhnlich großen Niederschlagsmengen im Juli, die zum Teil als schwere Gewitterregen — von Sturm und vielfach auch von Hagel begleitet — niedergingen, haben stellenweise auf den Feldern und Wiesen größeren Schaden angerichtet und damit die Ernteaussichten herabgemindert. In allen Teilen des Reiches wird über eine besonders große Lagerung fast aller Getreidearten geklagt, wodurch die Körnererträge beeinträchtigt, die Ernte erschwert und verzögert wird.

Ueber die voraussichtlichen Ernteerträge an Getreide lauten die Meldungen noch recht verschieden. Das Getreide ist infolge der feuchten Witterung zwar kräftig im Halme, hinsichtlich des Körnerertrages wird jedoch im Durchschnitt nicht die gute Ernte des Vorjahres erreicht. Im allgemeinen wird man mit einer befriedigenden Mittelernte rechnen können, wenn nicht außergewöhnliche Witterungseinflüsse deren Bergung beeinträchtigen. Von den Winterarten ist die Gerste fast ganz, der Roggen erst teilweise eingearntet, während der Weizen heranreift. Für die Sommerarten, insbesondere Gerste und Hafer, stehen etwas bessere Erträge in Aussicht, obgleich auch sie durch die Witterung und ihre Folgen gelitten haben. Nicht selten ist beim Getreide, namentlich bei Weizen und Roggen, der Brand und Rost aufgetreten.

Der Stand der Hackfrüchte ist trotz der allzu feuchten Witterung im ganzen noch befriedigend. Die Kartoffeln leiden in nassen und schweren Böden häufig an Kraut- und Knollenfäule, in durchlässigen, sandigen Böden zeigen sie jedoch ein frisches und gesundes Aussehen. Von den Frühkartoffeln sind stellenweise große Mengen in der Erde verkauft. Zucker- und Runkelrüben haben sich gegen den Vormonat gut erholt.

Um die Kalipreiserhöhung.

Da die Kaliindustrie bisher den begründeten Nachweis für die von ihr vorgeschlagene Erhöhung der Kalipreise nicht bringen konnte, vielmehr die Folgen einer derartigen Maßnahme verderbend auf die deutsche Landwirtschaft und selbst für die Kaliindustrie nur bezugsvermindernd wirken würden, ist die Stimmverteilung im Reichsrat fast im gleichen Verhältnis gespalten. Die fünf Produktions- und zwei Handelsvertreter sind für die Preiserhöhung, die vier Vertreter der Landwirtschaft begründeterweise dagegen, außer den drei Stimmen der Länder liegt also die Entscheidung bei den sechs bis acht Arbeitnehmervertretern. Es ist anzunehmen, daß auch bei diesen die Rücksichtnahme auf das Wohl der Gesamtwirtschaft bestimmend sein wird, da eine derart starke Preiserhöhung auch eine Verteuerung der agrarischen Produkte nach sich ziehen würde.

Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ fernerhin erzählt, ist für den Fall, daß eine Entscheidung im Wege der Abstimmung nicht herbeigeführt werden kann, mit Rücksicht auf möglichst starken Kalibezug der deutschen Landwirtschaft und mit Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen mit dem Veto des Reichswirtschaftsministers zu rechnen.

Der Arbeitsmarkt in der ersten August-Woche.

Die Zahl der Arbeitslosen ist fast überall weiter zurückgegangen, mit Ausnahme von Hamburg, Bremen und den bayerischen Regierungsbezirken Oberfranken und Mittelfranken. Die leichte Besserung der Arbeitsmarktlage ist jedoch im wesentlichen dem lebhaften Bedarf der Landwirtschaft für die Erntearbeiten zuzuschreiben. Dieses zeigt sich u. a. auch daran, daß in ländlichen Gegenden und Gemeinden die Erwerbslosigkeit in den letzten Wochen sehr stark zurückgegangen ist, während sie in den Städten und in den großen Industriezentren fast unverändert blieb, zum Teil aus folgenden Gründen:

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung kann seit er in einiger Zeit auf den Arbeitsmarkt auswirken, da große Arbeiten mit zahlreichen Beschäftigten vorarbeiten erfordern.

Die Industrie zeigt zwar örtliche und nach Berufsgruppen wechselnde Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere im Bergbau und im Spinnstoffgewerbe. Es ist aber nicht zu verkennen, daß eine solche Belebung, insbesondere auch in der Metallindustrie, vielfach zwar auf eine Produktionssteigerung zurückzuführen ist, nicht immer mit einer entsprechenden Vermehrung der Beschäftigten verbunden ist.

Der ober-schlesische Montantrust.

Sein Aufbau und seine Betriebsgrundlagen.

Es lag in der Natur der Sache, daß bei den Fusionen der Schwerindustrie der Ruhrtrist in den Vordergrund des Interesses rückte. Dieser Riese unter den deutschen Unternehmungen ließ alles andere in den Hintergrund treten. So ist denn auch jene Umbildung der deutsch-oberschlesischen Schwerindustrie, der Zusammenschluß der maßgebendsten Werke zur Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G. nur wenig beachtet worden. Und doch verdient auch diese kleinere ostdeutsche Schwester des Montantristes an der Ruhr entsprechend beachtet zu werden.

Bekanntlich war die ober-schlesische Industrie zu einem Torso geworden, nachdem wertvolle Teile an Polen abgetreten werden mußten. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf die allgemeine Krise ging es der ostdeutschen Schwerindustrie nicht besonders. Das führte zu den bekannten Kreditvorwürfen durch die Seehandlung und anderer öffentlicher Stellen. Später wurden diese alten Schulden abgelöst durch einen langfristigen Kredit in Höhe von 46 Millionen Mark, der zu je 18 Millionen Mark von Reich und Preußen (kreditiert auf 35 Jahre zu 1 bis 4 Proz. Zinsen) und zu 10 Millionen Mark von den Großbanken gegeben wurde. Nachdem die Verhandlungen zu diesem Ergebnis geführt hatten, kam es zur definitiven Gründung der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke, und zwar rückwirkend vom 1. Oktober 1923.

Gründergesellschaften waren die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G., die mit den Linke-Hoffmann-Lauchhammer-Werken vollständig fusioniert und die Firma gelöst wurde, die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs A.-G. (Oberbedarf) und die Donnersmard-Hütte. Die Donnersmard-Hütte ist zu 80 Proz. in Besitze von Oberbedarf und diese wieder steht unter der Kontrolle der Ballistrem-Verwaltung. Das Aktienkapital ist mit 30 Millionen Mark bemessen und ist je zur Hälfte im Besitze der Gruppen Linke-Hoffmann und Oberbedarf. Für die außerordentlich günstige Kreditgewährung seitens des Reiches und Preußens erhielten diese je eine Aktie, somit zwei Stimmen, womit sie zwischen den beiden Gruppen das Sagen in der Sache bilden können. Außerdem erhielten die beiden öffentlichen Körperschaften eine Vertretung im Aufsichtsrat.

Es hat sehr lange gedauert, ehe dieses Verhandlungsergebnis zum Abschluß kam. Die zerrissenen Unternehmungen in Oberschlesien, die auch technisch nicht so vollkommen waren, konnten schlechter zusammengebracht werden, als die Ruhrwerke. Schließlich gelang es ja auch nur, weil Reich und Preußen als die großen Schuldner sich mit einem verhältnismäßig geringen Äquivalent zufrieden gaben.

Die Betriebsgrundlage des ober-schlesischen Montantristes stellt sich folgendermaßen dar:

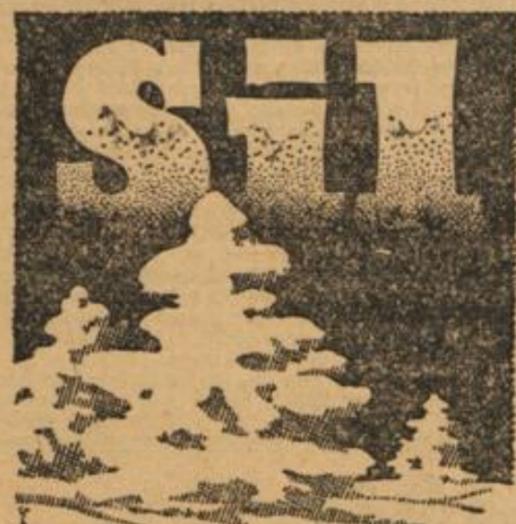
Die Linke-Hoffmann-Lauchhammer A.-G. Abteiler Ober-schlesische Werke, tritt an den Trust ab: die Julienhütte in Bobrod mit dem Hochofen, Stahl- und Blechwalzwerk; die Herminenhütte in Laband mit dem Warm- und Kaltwalzwerk und die Draht- und Nagelwerke in Gleiwitz, die aus einer größeren Anzahl von Unterabteilungen bestehen.

Aus dem Besitz der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs A.-G. in Gleiwitz kommen: Stahlwerk Gleiwitz mit Siemens-Martin-Ofen, Stahlformgießerei, Großschmelzwerk mit Bearbeitungswerkstätten, Radfabrik, Blechpresswerk für Hohlkörper, Flanschen- und Fittingswerk, Grau- und Temperiererei, mechanische Werkstätten; die Blechwarenfabrik in Gleiwitz; das Stahlröhrenwerk in Gleiwitz-Stadtwald; Zamaßkiwerk in Zamaßki mit Stabeisenwalzwerk, Gefäßschmiede, Feilbahnwerkstätten, Weichenfabrik, Fahrzeug- und Waggonfabrik und die Eisengießerei Colonnowka.

Die Donnersmard-Hütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. in Hindenburg übergibt: das Hüttenwerk Hindenburg mit Koksanstalt und Nebenproduktgewinnung; das Hochofenwerk mit Schlackenziegelei, die Eisen-, Röhren- und Formstübligerei, die Röhrenbauanstalt, Kesselschmiede und Konstruktionsabteilung, die Konz. Concordiagrube in Hindenburg.

Damit wäre die vorläufige Betriebsgrundlage der ober-schlesischen Trusts umrissen. Man darf gespannt sein, wie die Rationalisierung bei der Verschiedenheit der Werke hier einsehen soll. In dem Komplex von Unternehmungen befinden sich auch Bearbeitungswerkstätten, wie Maschinenfabriken, Kesselschmieden usw. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese auf die Linke-Hoffmann-Werke übergehen und die Produktion des Trusts nur wie beim Ruhrtrist auf streng horizontaler Basis aufgenommen wird. Von den übrigen Unternehmungen werden auch eine Reihe stillgelegt werden, soweit sie dieselben Produkte erzeugen.

Hoffentlich hält der ober-schlesische Trust das, was man sich von ihm verspricht. Es wäre ja ungeheuer das Schlimmste, was passieren kann, wenn aus Steuermitteln so große Summen aufgebracht werden, mit dem Endresultat, daß dennoch Massenentlassungen von Arbeitern erfolgen müssen und der Zusammenschluß lediglich ein glänzendes Geschäft auf weite Sicht für die beteiligten Gesellschaften geworden wäre. Man wird also von den staatlichen Vertretern im ober-schlesischen Trust erwarten müssen, daß sie mit allem Nachdruck für die Wahrung der gesamtwirtschaftlichen Interessen in diesem Großunternehmen eintreten.



zum Bleichen-ohne-gleichen

Sil gibt schneeweiße Wäsche in einfachstem Waschen, spart Seife und seihrt die Wäsche - Ohne Chlor -

Die Adlerjagd.

Von Michael Prischwin.

Wer auch nur einmal in seinem Leben in den Wüsten des Ostens gemachtet hat, zu dem werden die Sterne der Großstadt immer von Adlern, Lagerfeuern und Kulis (Kirgisenbedungen) sprechen, von Samelen, die ihre müden Arme vor den Feuern beugen und von ihren Augen Augen, in denen sich die niedrigen Wüstensterne widerspiegeln. . . .

Ich sehe oft die Wüstensteppe vor mir, weit abseits von schifftragenden Flüssen und Eisenbahnen, dort wo die Abhänge des alten Gebirges in den Himmel starren. Wir reiten auf kleinen Pferdchen auf Adlerfang in das Wüstengebirge Karadag. An meinem Sattel hängt das Adlernetz. Mein Gefährte Hali hält in der Hand den Köder: das blutige, rauchende Herz eines eben getöteten Berghammels. In dem Tal vor Karadag stellen wir das Adlernetz so auf, daß, wenn der Vogel wie ein Stein von oben auf die Beute stürzt, er frei in die Doffnung hineinfallen kann, aber mit ausgebreiteten Flügeln nicht aus dem Netz herauskommt. In dieses Netz aus Reß legen wir das blutige Herz und verbergen uns in der nächsten Höhle.

Die Zeit bis zur Dämmerung vertreiben die Geschichten des berühmten Adlerjägers Hali. Er erzählt mir, wie die Adler Hasen jagen, den Füchsen die Wirbelsäule brechen, und wenn man sie von Jugend auf dreifert, sogar einen Wolf stellen. Als es hell zu werden beginnt, und der schwarze Berggipfel erglüht, sehen wir, wie ein Adler Kreise über unserem Tal zieht. Sein Flug ist so ruhig — als hätten Jüngens einen Drahten lassen und hielten ihn nun irgendwo an einem nicht sichtbaren Faden. Er hat einen Kreis gemacht und ist hinter dem Gipfel des Berges verschwunden. Natürlich hat er die Beute bemerkt, wagt aber nicht, sie sofort zu nehmen. Berät er sich mit den Seinen oder kontrolliert er die Vorräte, ob es sich lohnt, zu riskieren? Aufgeregt mit angehaltenem Atem warten wir in unserer Höhle auf den Entschluß des Adlers und sehen, wie er hinausfliegt, noch einen Kreis macht, einen Augenblick in der Luft wie hängen bleibt, und dann wie ein Stein auf das blutige Herz des Berghammels schließt. Bis in die Höhle hinein hören wir das Geräusch des fallenden Adlers.

Wir eilen zu der Falle — er hat sich darin verstrickt. Aber er gibt keine Adlerhaltung nicht auf: der Schnabel offen, er zischt, gespreizte Federn, zurückgeworfener Kopf — und seine Augen sprühen schwarzes Feuer. . . . Aber das alles kümmert Hali nicht. Er umwickelt den Adler mit dem Reß wie einen Fisch, hängt ihn an dem Sattel, und wir reiten über die Elbertropfen des Morgenraus zurück in den Tal.

Wir bringen Freude: Ein Adler geht nicht oft in die Falle. Man kann ihn dem reichen Wamyrchan, einem eifrigen Anhänger der Adlerjagd, für gutes Geld verkaufen. Nur muß man ihn natürlich vor dem Verkauf zähmen und zur Jagd anhalten. Wir ziehen in unserer Jurte (Hühnhütte der Nomaden) einen Strick von Wand zu Wand, setzen den Adler auf die Mitte, binden seine Klauen an den Strick an und decken ihm Kopf und Augen mit einer Lederhaube zu. Der blinde und angebundene Adler balanciert auf dem Strick wie ein Akrobat. Und nun wird der Strick fortwährend bewegt und gezupft, damit der Vogel sich keinen Augenblick beruhige und nicht zu sich komme. Er muß sich selbst auf immer verlieren, den Willen des Herrn vollkommen zu seinem machen. Der Adler muß ebenso gehorchen werden wie ein Hund — der Freund des Menschen.

Die Kirgisenjäger sitzen ringsum, die Rücken an Rücken gelehnt, und trinken Kumys (Stutenmilch). Auf dem Ehrenplatz sitzt unser Gast Wamyrchan, der Besitzer einer Herde von 5000 Pferden und ein passionierter Liebhaber der Adlerjagd. Er wendet kein Auge von dem Adler weg und gibt, kaum daß dieser sich beruhigt hat, ein Zeichen, und ein Kirgise zupft am Strick.

Die Jäger haben an Pferde- und Hammelfleisch sich sattgegessen, an Kumys vollgetrunken und sich schlafen gelegt. Aber auch jetzt hat der Adler keine Ruhe. Wer aufwacht, wer hinausgehen will, wer einfach sich von einer Seite auf die andere wälzt, zieht unbedingt an dem Strick oder schlägt darauf. So vergehen ein, zwei Tage. Der zerstückelte, blinde, hungrige Adler kann kaum noch sitzen. Er hoch mit gestäubten Federn da, als würde er jeden Augenblick wie ein verredendes Huhn vom Strick lassen. Jetzt nimmt man ihm die Lederhaube von den Augen und zeigt — nur zeigt! — ein Stückchen Fleisch.

Wie ein Hund läuft jetzt der Adler durch das ganze Netz dem Fleisch nach. Der zufriedene Wamyrchan lächelt, die Jäger lachen, und sogar die Hunde blicken erstaunt und unklüßig, da sie nicht wissen, was sie tun sollen: Den Federn nach ein Adler — man möchte ihn jaulen — und benimmt sich wie ein Hund — der Freund des Menschen.

„Ka!“ schreit der Kirgise, „nimm!“ Und der Adler läuft ihm nach.

Der Vogel gefällt Wamyrchan. Er will den Adler auf der Jagd prüfen, setzt sich auf ein Pferd und zeigt ihm ein Stückchen Fleisch: „Ka!“

Und der Adler legt sich ihm auf den Handschuh. Wir reiten wieder nach dem Wüstengebirge Karadag, wo es sehr viel Hasen gibt. Die Treiber jagen den Hasen uns zu und schreien: „Kulan“. Der Hase rennt durch dasselbe Tal, in dem wir den Adler gefangen haben. Wamyrchan nimmt dem Adler die Lederhaube von den Augen, löst die Kette und läßt ihn los. Der Adler fliegt hoch, macht einen Kreis und fällt wie ein Stein — er hat die Krallen in den Hasen eingegraben, ihn an die Erde genagelt. Hal! ihn jetzt mit dem Schnabel schlagen, schlagen! Oder noch einfacher: die Flügel ausbreiten und den Hasen auf den Gipfel des Berges tragen! Und vielleicht denkt er schon daran: das rote, heiße Blut strömt ihm unter den Krallen, in den Augen entzündet sich wieder das schwarze Feuer, die Flügel sind geöffnet. . . .

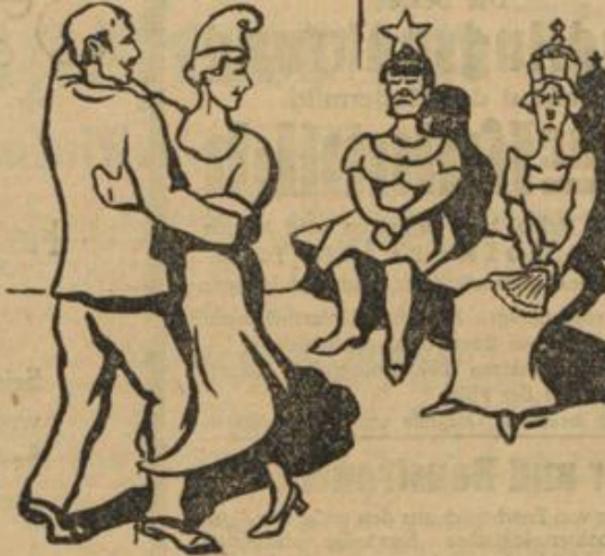
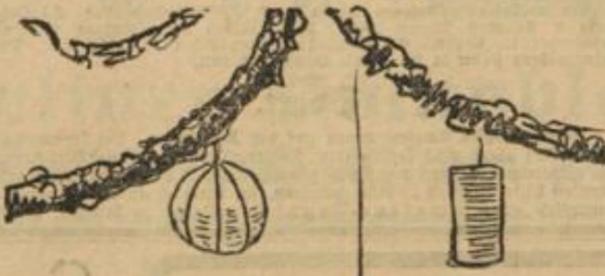
Nach einem Augenblick und er hätte sich vielleicht hoch in die Lüfte gehoben und wäre in die Berge zu den Seinen geflogen, und wäre, frei und gewiß, nie wieder in die Falle der Menschen gegangen. Aber gerade in diesem Augenblick rief Wamyrchan: „Ka!“ und zeigte ihm das aus dem Schatz gezogene, schon vorbereitete Stückchen Fleisch.

Und dieses halb ausgekostete, mit Schweiß und Teer durchtränkte Stückchen hat eine solche Kraft über den Adler, daß er Berge und Täler und seine reiche, noch warme Beute vergißt, auf den Sattel Wamyrchans steigt und ihm erlaubt, seine Augen mit der Kappe zu verhüllen und die Kette zu schließen.

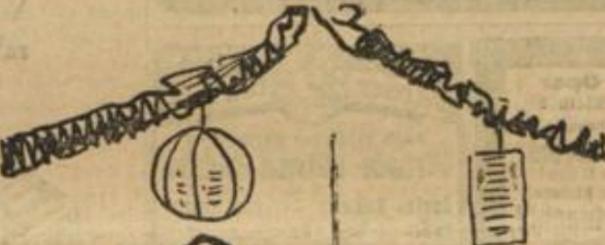
Wamyrchan steckt das magische Stückchen Fleisch sich wieder in den Schatz und nimmt ruhig den Hasen. . . .

(Aus dem Russischen übertragen von Michael Prischwin.)

Verfassungs-Festtag.



Was tut man, wenn man sitzen bleibt
Und einen Neid und Mißgunst treibt?



Man tut mit zornigem Gemüt
Das, was man hier im Bilde sieht!

Der brave Soldat Schwejk.

Von Hermann Hieber.

Die Ereignisse des Weltkriegs sind oft genug pathetisch dargestellt worden — pathetisch auch von pazifistischer Seite. Auch das, was sich hinter der Front abspielte, ist uns erzählt worden: etwa in Heinrich Wandts „Clappe Gent“. Und doch ist eine Lücke geblieben in all diesen Schilderungen. Es fehlte der Satiriker, der genügend weit von seinem Stoff abstand, um ihn leidenschaftslos vorzutragen. Dieser Stoff ist zu gewaltig, als daß wir unsere individuelle Anteilnahme in ihn hineinbringen dürften. Das Pathos — selbst das des wahren Dichters — erweist sich als stumpfes Werkzeug zur Bewältigung dieser gigantischen Aufgabe. Was Emil Zola mit seinem „Zusammenbruch“ vielleicht eben noch vermocht hat, das vermögen wir, die wir nicht mehr an seine Gestaltungskraft heranreichen, denen aber zugleich der Stoff selber hunderte Male über den Kopf gemachsen ist, nicht mehr zu vollbringen. Inzwischen haben wir ja auch ganz neue Darstellungsmitel bekommen: die modernen Reproduktionsverfahren, und vor allem den Film.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die schneidendste Waffe im Kampf gegen jede Panik, die Satire, überflüssig geworden wäre. Es gibt einen Versuch, den Karl Kraus, der Herausgeber der Wiener „Fackel“, angestellt hat, den Weltkrieg in satirischen Dialogen zu schildern, anzulegen als „Großes Welttheater“ an uns vorüberziehen zu lassen. Aber trotz seiner Kühnheit und Trefflichkeit im einzelnen ist dieses Buch nicht in die Massen gedrungen. Dazu ist es viel zu umfangreich und zu — kostspielig. Es trinkt aber auch an einer literarischen Schwäche: es ist nicht zusammengehalten. Die Mitspieler wechseln beständig und sind vielleicht den Wienern, nicht aber uns Reichsdeutschen vertraut genug. So ist

denn bedauerlicherweise dem Krauschen Buch die Resonanz verweigert geblieben, die man ihm gewünscht hätte.

Es zeigt sich hier wieder einmal, aus welchem sicherem Instinkt heraus ein Dante händelte, als er sich von Virgil durch alle Reiche seiner mittelalterlichen Welt führen ließ. Wir brauchen nun einmal einen Ariadnefaden durch das Labyrinth eines gewaltigen Geschehens. Wir werden wohl nie so demokratisch werden, daß wir in der Erzählung oder im Drama ganz auf den Helden verzichten können. Dieser „Held“ kann gleichwohl unseren demokratischen Ansprüchen voll genügen: indem er nämlich nicht wie die fetigen Ritter und Fürsten sich unterfängt, den „starken Mann“ zu spielen und die Welt nach seinem Kopf umzukrempeln, sondern indem er passiv auf sie reagiert. Cervantes hatte seinen edlen Ritter Don Quixotte dadurch unsterblich gemacht, daß er die aktive mit der passiven Rolle für ihn eintauschte — vor mehr als 250 Jahren hat der spanische Dichter das Idol zertrümmert, an das unsere Monarchisten und Fredericus-Berehrer noch heute glauben. Der Held des modernen Epos kann also kein Lügenbild und Vorbild mehr sein, sondern höchstens der feste Punkt im Chaos, jene im technischen, nicht im moralischen Sinne verwendete Führerfigur, mit der Dante bereits vor bald sechshundert Jahren operiert hat. Man sieht an diesem Beispiel wieder einmal, daß eine künstlerische Großtat alle Zeiten überdauert; besser gesagt: daß die Geleise der künstlerischen Gestaltung über allen Wandel des Geschmacks und der Mode triumphieren.

Der „brave Soldat Schwejk“ nämlich, den der jung verstorbene tschechische Dichter Jaroslav Hasek geschaffen hat, und den uns jetzt der Verlag von Adolf Sogel in Prag in deutscher Uebersetzung vorlegt, ist nichts anderes als ein Führer durch die Hölle des Weltkriegs. Das ist seine technische Funktion. Zugleich ist er passiver Held, an dem alle Mächte des verrotteten schwarzgelben Militär- und Beamtenstaates ihr Mütchen tüfeln. Ein Typus, Verkörperung der Volksseele wie Charles de Costers slämischer Eulenspiegel: faul, verfaulen, verfaulen. Der Vorgeleitungsverstand zerschellen rettungslos an diesem „wegen Bläbheit superartrierten“, d. h. vorzeitig vom Militär entlassenen Trottel. Man muß das lesen, wie er, nur mit den Instinkten des Naturbüchsen gewappnet — Kleinbürgerlichen, durch keinerlei Ideale oder Ueberlegungen getriebenen Instinkten — allen Gefinnungsschmüßern und Eisenfressern und Maul- und Zwerdpatrioten vom Zitiel und Militär ein Schnippen schlägt. Das ist so köstlich und einzig, wie wir Deutsche nicht nur in unserer Kriegs-, sondern auch in der Friedensliteratur nichts Ähnliches vorzuweisen haben. Es fallen einem nur französische Parallelen ein — etwa Claude Tilliers „Onkel Benjamin“. Oder eine russische: Bogots herrlicher Schelmenroman von den „Toten Seelen“, satirische Werke, mit denen um dieselbe Zeit, Mitte des 19. Jahrhunderts, der Feudalismus in Frankreich und in Rußland zur Strecke gebracht worden ist.

Der „brave Soldat Schwejk“ räumt mit der k. k. österreichischen Herrlichkeit auf. Wir worten noch immer auf den, der es ihm nachtut und mit ebensolcher Witz das wilhelminische Deutschland in die Pfanne haut.

Neue Bahnen im Turnunterricht der Schule.

Aus der Erkenntnis heraus, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur über die körperliche Erüchtigung möglich ist, hat der Turnunterricht in den Schulen, der wohl als der wichtigste Träger einer neugestalteten Schulerziehung gelten muß, völlig neue Bahnen beschritten, die Studienrat Hellig an der Hand von Bildern im neuesten Heft von „Reclams Universum“ kennzeichnet.

Der alte Turnunterricht war in Bewegungsformen erstarrt, während der Sport sich in Rekordleistungen erging. Das Kind sollte ganz wie die Erwachsenen turnen, und da sich dies mit dem kleinen Kind nicht recht durchführen ließ, blieb dieses ganz ohne Turnunterricht. Dabei ist gerade das Kind im 6. bis 9. Lebensjahr wegen des Uebergangs zur Gebundenheit der Schularbeit den Gefahren körperlicher Deformation am meisten ausgesetzt. Im Gegensatz dazu sieht die heutige Schule im Kinde ein Lebewesen mit Eigengefühlen und eigenem Entwicklungsrhythmus, und der neuzeitliche Turnunterricht richtet sein Augenmerk darauf, wie das körperliche und seelische Leben des Kindes verläuft, welcher Anreize es für sein Wachstum bedarf und welche Uebungen dieses am stärksten fördern. Man braucht nur eine geringe Zahl von Uebungsformen, um das Bewegungsbedürfnis des Kindes zu befriedigen, genügt doch den Griechen fünf Uebungen für eine ganze Lebenszeit. Es ist nur nötig, den Kindern, die von einem unbändigen Bewegungsdrang erfüllt sind, den Weg freizugeben zu ungehemmter Bewegung, die rechte Bewegungsform und das rechte Bewegungsmäß finden sie schon von selbst. Die Kinder werden heute nicht mehr an den starren Takt und die Gleichbewegung gebunden. Die Klasse übt als Ganzes, aber jedes Kind folgt seinem eigenen Rhythmus und so bietet sich durch die Natürlichkeit und Freiheit der Bewegung ein Bild höchster Befriedigung. Die alte Schule hatte die Normierung der Form, wesenfremde Forderungen wurden an den Bewegungsverlauf und an die Haltung bei der Bewegung gestellt. Man kann einen Vergleich aus der Reitkunst anführen. Früher nahm der Reiter beim Sprung über die Hürde das Pferd scharf in den Jügel, so daß es „zusammengerissen in Haltung“ das Hindernis nahm, während heute der Reiter physiologisch denkt und dem Pferde die Jügel freiläßt, so daß es langgestreckt und völlig entspannt das Hindernis nehmen kann, wie es der Bewegungsmechanismus verlangt.

Beim Turnen des Kindes wird auch nicht mehr gefordert, daß der Hochsprung über die Schnur mit scharf gewinkelten Beinen, gestrecktem Rumpf und stoischem Beinanschlag ausgeführt wird, sondern man läßt die Bewegung sich natürlich entfalten; zu diesem Zwecke wird die Körperarbeit mit Inhalt, mit einer Idee, mit Bewegungsmotiven erfüllt. Der Hirtentanz wird nachgeahmt, der Flöte blasend über die Bergwiese springt; die Kinder ziehen wie die Ruderer in eintönigem Arbeitsgange die Riemen und man läßt sie wie Postkutschen über Mauern und Jänne hinweg den Füllhilling verjagen. Auf den wiedergegebenen Bildern sieht man Verfolgungsspiel mit Hindernissen, bei dem die Kinder über eine aus vielen Balken gefügte hohe Wand zu klettern haben, und kann so recht deutlich die Vorteile von Kraft und Gewandtheit erkennen, aber man sieht sie auf einem etwas erhöhten schmalen Steg stehen und wie die Schiffer auf lange Ruder drüdend, um einen Kahn fortzubringen, und bei dem vergeblichen Bemühen werden alle Muskeln angepannt. Je lebendiger die Idee den Kindern vor Augen steht, um so treuer und natürlicher fällt die Bewegung aus. Es wird kein Vorbild gegeben, damit sie nicht kopieren oder posieren; vielmehr muß jeder Ausdruck aus dem eigenen Bewegungsgefühl und der eigenen Phantasie heraus wachsen. So wird die Körperarbeit zur Ausdrucksgymnastik, die Bewegung zur Sprache des Körpers.

Die Chemie der Tomate. Sehr eingehende Untersuchungen von 25 verschiedenen Tomatenmustern hat Dr. Bornträger, Neapel, vorgenommen und das Ergebnis in der Zeitschrift für Unternehmung der Nahrungs- und Genussmittel befanntgegeben. Im Saft sowohl von unreifen wie von reifen Tomaten konnten Zitronen- und Apfelsäure nachgewiesen werden. Im Saft aus weichgewordenen Früchten verschwinden diese beiden Säuren, dagegen konnte im Saft aus weichgewordenen Früchten Bernsteinsäure nachgewiesen werden, während sich diese sonst im Saft nicht vorfindet. Man kann daher annehmen, daß konservierte Tomaten schon erweicht waren, wenn sich in der saft einmündenden Konserve Bernsteinsäure nachweisen läßt. In keinem Fall wurde bei den Untersuchungen Oxalsäure in irgendeiner Form in Tomaten gefunden, so daß das Vorurteil gegen den Genuß von Tomaten etwa durch Zuckerfranke unbegründet erscheint.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Die Arbeitsgemeinschaft des Genossen Wladimir (Dienstaggruppe) beginnt am Dienstag, 12. August, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 8 eine auf einen zwei Monate dauernde Behandlung des Themas „Wirtschaftsgeschichte“.

Heute, Mittwoch, den 11. August:

Unsere Wochenkarte ist heute nachmittags von 5-7 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 8 geöffnet. Jugendgenossen, macht von dieser Einrichtung regen Gebrauch.

Wahltag: Schule Antonstraße. Mitteilungsverammlung. — Frischkopier: Chertowitsch Str. 10, Zimmer 11. Mitteilungsverammlung. — Kalkulieren: Roper Str. 12/13a. Vortrag: „Aberkennung — Kultur“. — Tempelhof: Germaniastr. 10. Vortrag: „Ebenenscheit“.

Wahltag: Reichsbanner: Am heutigen Straßenbrennen treffen sich die Abteilungen 1, 2, 3 am Rindfleisch, die Abteilungen 4, 5, 6 und 7 am Scheinwerferweg um 1/2 7 Uhr. Von dort Abmarsch zur Schützenpromenade.

Abend: Beteiligung an der Verfassungsfeier. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Zoostr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin E14, Sebaltskinderstr. 27/28, Hof 2 R. Samstag, 11. u. 12. Uhr. Eintritt zum Festtag zur Verfassungsfeier bei 12 Uhr. Anschließend gemeinsames Feiern mit dem Reichsbanner. Pflichtveranstaltung. — Oranienburg: Pl. d. 11. Ringstr. 11. Bei 12 Uhr. Verfassungsfeier im Schützenhaus. Angehörige und Gäste willkommen.

Reichsbund der Arbeiter-Schüler, Arbeiterkinder und Arbeiter-Nachkommen. Ortsgruppe Reichsbund (Geschäftsstelle: Danaustr. 128). Freitag, 12. August, 7 1/2 Uhr. Berliner Rindfleisch, Hermannstr. 24/25, außerordentliche Generalfammlung. Tagesordnung: u. a. Bericht vom außerordentlichen Parteitag.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Berlin e. V. (Geschäftsstelle: E 4, Schützenstr. 9. Telefon Nr. 2409). Freitagabend der Abteilung Wedding Donnerstag, 12. August. Die Mitteilungsverammlung findet nicht statt. Der Freitagabend findet in der Schule Schulstr. 9 statt.

Sport.

Internationales Amateurtreffen auf der Ritt-Arena. Am kommenden Donnerstagabend wird den Berliner Rittsportfreunden auf der Ritt-Arena eine Session geboten, wie sie die Reichshauptstadt bisher noch nicht aufzuweisen hatte, denn es ist Ritt gelungen, im Anschluss an das Driedenert-Hundewett einen Amateur-Renntag zu bringen, dessen

große internationale Bedeutung alles bis jetzt Dagewesene weit in den Schatten stellt. Das Programm sieht u. a. einen großen internationalen Rittgertag mit Dor-, Zylinder- und Unbekannt-, ein Runden-Rittgertag und ein Zweikunden-Rittgertag vor, und es steht zu erwarten, dass es bei der Stärke sämtlicher Teilnehmer erstklassigen Sport auf der ganzen Linie und die härtesten Kämpfe geben wird. Der große internationale Amateurtag wird sich jedenfalls den bisherigen Veranstaltungen der Ritt-Arena würdig anschließen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Gelände und zugleich wohlfeile Milch. Obwohl erlernemachen die Milch des bei weitem wertvollere Nahrungsmittel ist, weil es, wie kein anderes, alle Bestandteile, die zum Aufbau und zur Gelerhaltung des Körpers dienen, in geradezu idealer Weise enthält. In diese Tatsache dem großen Publikum doch noch nicht hinreichend bekannt. Auch das kein anderes Nahrungsmittel sich mit ihr an Wohlfeilheit vergleichen kann, wird immer noch nicht genügend von unserem Volke gewürdigt. Natürlich müssen auch unsere Milchproduzenten das ihrige dazu tun, um eine wirklich gehaltvolle und in jeder Beziehung einwandfreie Milch in den Verkehr zu bringen. Einen vielverprechenden Anfang nach dieser Richtung hin haben vor kurzem die Groß-Berliner Milchereibetriebe gemacht, indem sie ihre Betriebe einer ständigen tierärztlichen und bakteriologischen Kontrolle unterstellten. Vollständigste ist diesen Betrieben die Führung eines Schilbes mit nachfolgender Aufschrift gestattet worden: „Der Milchereibetrieb unterliegt der ständigen polizeilich-ärztlichen Kontrolle“. Danach kann sich jeder, der auf den Bezug einer wirklich gelunden und zugleich wohlfeilen Milch Wert legt, im Bedarfsfälle leicht orientieren.

Theater Lichtspiele

Deutsches Theater Norden 10334-38

Max Adalbert Das Skel

Die Komödie Bismarck 2114, 2514

Die heilige Leserin

Berlin Theater

Singers Midgets Revue u. „Toto“

Kleines Theater Täglich 8 1/2 Uhr

Asia Nielsen Rita Cavallini

Theater Königgrätzstr. T. Hasenfeld 2111

Der Garten Eden

Nomadenhaus

Drei Mädel von heute

Residenz-Theater

Theater des Westens

Der Zug nach dem Westen

Rose-Theater

Olaf, Tragödie eines Sportlers

Deutsches Kunst-Theater

Der Nobelpreis

Th. u. Karlstrasse

Yvonne

Casino-Theater

Was Liebe vermag

Zoolog. Garten

Aquarium

Die beste Säuglings-Nahrung ist frische Kuhmilch. Illustration of a woman feeding a child.

Die beste Säuglingsnahrung ist nächst der Muttermilch frische Kuhmilch. wie solche täglich 2mal ermolken wird in den Großberliner Molkereien.

Seide nimmt Schäden durch heisses Wasser, heisse Sonne, heisses Eisen. LUX Seifenflocken advertisement with illustrations.

Die leichte Isabell. Opernkomplott.

Elite-Sänger. Opernkomplott.

Komische Oper. Die große Revue Berlin ohne Hemd! Satans Brautnacht!

Wintergarten. Nach erfolgter Renovation Glänzender Eröffnungs-Spielplan!

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Versammlung aller Metallarbeiter in der chemischen Industrie.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Rennen zu Grunewald. Mittwoch, den 11. August nachmittags 3 Uhr.

Achtung! Verwaltungsmittglieder! Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung.

Mal- u. Zeichen-Bedarf. L. Juergens Alexanderplatz.

Robert Thomas. im vollendeten 55. Lebensjahr.

LUX SEIFENFLOCKEN. SUNLICHT MANNHEIM 8.

Gummi-Mäntel. für Herren, Damen und Kinder.

M. Weinheber. C 2, Breite Str. 6.

Gewinnssug. 5. Klasse 27. Verlosch-Schleusige Klassen-Lotterie.

Einen gesunden Schlaf und damit eine Abkürzung des ganzen Nervenkampfes erzielen Sie durch den echten „Baldrabin“.

Musikinstrumente. Klavier, Gitarre, etc.

DIE MÜNCHNER HATZ SPORTPALAST. bringt die gewaltigste Trachtenschau aller Zeiten.

Verkäufe. Verkauf von Waren, etc.

Bekleidungsstücke, Wäsche, etc.

Kaufgesuche. Suche nach bestimmten Gegenständen.

Eisenmoorbad Bad Schmiedeberg. Bez. Halle a. Saale.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote.

Möbel. Verkauf von Möbeln.

Verschiedenes. Verschiedene kleine Anzeigen.

Unterricht. Unterrichtsangebote.

Arbeitsmarkt. Weitere Stellenangebote.